



Bericht

der Landesregierung

Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2001 - 2005

Federführend ist der Minister für Finanzen und Energie

Finanzplan

des Landes Schleswig-Holstein

2001 bis 2005

Stand: 16. Juli 2001

Aufgestellt
vom Ministerium für Finanzen und Energie
und beschlossen
von der Landesregierung des Landes Schleswig-Holstein

Gliederung

	<u>Seite</u>
I. Vorbemerkung	5
II. Der Gesamtrahmen des Finanzplans	
1. Wirtschaftliche Rahmendaten	6
2. Finanzielle Lage des Landes/Haushaltsstruktur	11
3. Eckdaten des Finanzplans 2001 - 2005	14
4. Aufgabenschwerpunkte	15
III. Die Einnahmenseite des Finanzplans	
1. Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	19
2. Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	20
3. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	21
4. Einnahmen aus Zuwendungen für Investitionen und Schuldenaufnahmen	21
5. Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	22
IV. Die Ausgabenseite des Finanzplans	
1. Personalausgaben	24
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	27
3. Ausgaben für den Schuldendienst	27
4. Zuwendungen für nichtinvestive Zwecke	30
5. Ausgaben für eigene Investitionen des Landes und Investitionsförderungsmaßnahmen	31
V. Kommunaler Finanzausgleich	
1. Kommunaler Finanzausgleich	33
2. Steuereinnahmen der Kommunen	34

**VI. Schwerpunkte überwiegend wachstums- und
beschäftigungsfördernder Maßnahmen**

1.	„ziel: Zukunft im eigenen Lande“	36
2.	Förderung der Bildung	39
3.	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	40
4.	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	41
5.	Errichtung eines Landesdatennetzes Schleswig-Holstein	41
6.	Einzelne wirtschaftspolitische Maßnahmen	42
7.	Verkehrsbereich	45
8.	Innere Sicherheit und Justiz	47
9.	Agrarhaushalt	48
10.	Umwelt, Natur und Forsten	49
11.	Frauenpolitische Maßnahmen	50
12.	Förderung des Wohnungsbaues	51
13.	Städtebauförderung	52
14.	Baumaßnahmen im Hochschulbereich	52
15.	Gesundheitswesen	54
16.	Sozial-, Kinder-, Jugend- und Familienbereich	55
17.	Asyl- und Ausländerrecht	57
18.	Staatlicher Hochbau (ohne Hochschulbau)	57

Anlagen

- 1 Gesamteinnahmen
- 2 Gesamtausgaben
- 3 Finanzierungsübersicht
- 4 Steueraufkommen
- 5 Bedeutsame nichtinvestive Ausgaben
aufgrund von Bundesgesetzen
- 6 Aufteilung der Finanzausgleichsmasse
- 7 Sachinvestitionen und Investitions-
förderungsmaßnahmen
- 8 Ausgaben für wesentliche Aufgabenbereiche
nach Einzelplänen
- 9 Gruppierungsübersicht nach dem Schema des
Finanzplanungsrates

I. Vorbemerkung

1. Rechtsgrundlage

Nach §§ 9 und 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) vom 8. Juni 1967 ist der Haushaltswirtschaft des Bundes und der Länder eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. In ihr sind Umfang und Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und die Deckungsmöglichkeiten in ihren Wechselbeziehungen zu der mutmaßlichen Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögens darzustellen. Der Finanzplan ist nach § 9 Abs. 3 StWG jährlich der Entwicklung anzupassen und fortzuführen.

§ 50 Abs. 3 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) vom 19. August 1969 bestimmt, daß der Finanzplan den gesetzgebenden Körperschaften spätestens im Zusammenhang mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes für das nächste Haushaltsjahr vorzulegen ist. Diesen gesetzlichen Bestimmungen trägt die Landesregierung mit der Vorlage des Finanzplans für das Land Schleswig-Holstein 2001 bis 2005 Rechnung.

2. Aufgabe der Finanzplanung

Die Finanzplanung stellt eine wichtige Entscheidungshilfe für Parlament und Regierung dar. Sie zeigt vor allem auf, in welchem Umfang voraussichtlich Mittel für die Finanzierung der Aufgaben des Landes im mittelfristigen Zeitraum zur Verfügung stehen - aber auch, welche Vorausbelastungen aus bisherigen Maßnahmen zu erwarten sind und wie groß damit der Spielraum für die Übernahme neuer Aufgaben ist.

Der Finanzplan ersetzt nicht die Aufstellung der vom Parlament zu beschließenden jährlichen Haushaltspläne; ihm kommt vielmehr nur Programmcharakter zu. Er wird deshalb dem Landtag nicht zur Beschlussfassung, sondern nur zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die konkrete Umsetzung der Finanzplanungsdaten in die Haushaltswirklichkeit erfolgt durch den Haushaltsplan des jeweiligen Jahres.

3. Planungszeitraum

Nach § 50 Abs. 2 HGrG ist das erste Planungsjahr der Finanzplanung das laufende Haushaltsjahr. Grundlage dieser Finanzplanung ist mithin der Haushalt 2001 (**ohne Nachtragshaushalt, der voraussichtlich erst im September 2001 vom Landtag beschlossen wird**). Die Werte für 2002 entsprechen dem vorgelegten Haushaltsentwurf. Eigentliche Finanzplanungsjahre sind damit die Jahre 2003 bis 2005.

II. Der Gesamtrahmen des Finanzplans

1. Wirtschaftliche Rahmendaten

1.1 Wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik

Nach einem überdurchschnittlichen realen Wirtschaftswachstum von 3 % im Jahre 2000 ist die deutsche Konjunktur verhalten in das neue Jahr 2001 gestartet. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm im ersten Quartal 2001 im Vorjahresvergleich nur noch um 1,6 % und im Vergleich zum Vorquartal um 0,4 % zu.

Hauptursachen für diese Entwicklung sind die weltweite konjunkturelle Abkühlung und die schwache Inlandsnachfrage. Insbesondere in den USA hat sich das hohe Wachstum in den Vorjahren im Winterhalbjahr 2000/2001 sprunghaft verringert.

In Japan hat die Wirtschaft im 2. Halbjahr bereits stagniert; im ersten Quartal 2001 waren auch absolute Einbußen zu verzeichnen. Schließlich hat sich auch die Wirtschaftsentwicklung in der EWU erheblich abgeschwächt. Gegenüber dem Vorquartal hat die Industrieproduktion im ersten Quartal 2001 saisonbereinigt kaum mehr zugenommen.

Vor diesem Hintergrund waren die deutschen Exporte im ersten Quartal dieses Jahres erstmals seit 1998 rückläufig, allerdings auf der Basis eines sehr hohen Niveaus im Vorquartal.

Die Einbußen bei der Exportnachfrage konnten in den ersten Monaten des Jahres nicht durch eine erhöhte Inlandsnachfrage ausgeglichen werden. Bei den Investitionen hat sich vor allem der starke Rückgang der Bauinvestitionen um mehr als 10 % in den ersten drei Monaten negativ ausgewirkt. Aber auch vom privaten Konsum gingen keinerlei zusätzliche Impulse aus, obwohl die verfügbaren Einkommen aufgrund der Steuerentlastung angestiegen sind. Eine wesentliche Ursache für die Zurückhaltung der Verbraucher sind die stark gestiegenen Preise insbesondere im Energie- und Nahrungsmittelbereich.

Die bisher vorliegenden konjunkturellen Frühindikatoren lassen nicht erwarten, dass sich im 2. Quartal 2001 das Wirtschaftswachstum bereits wieder belebt hat. Sowohl die Auftragseingänge als auch die Produktion im verarbeitenden Gewerbe haben sich zuletzt rückläufig entwickelt.

Aufgrund der weltweiten Konjunkturschwäche sind in den letzten Monaten die Wachstumsprognosen für fast alle westlichen Industrienationen nach unten korrigiert worden. Auch die Bundesregierung ging in ihrem Anfang des Jahres vorgelegten

Jahreswirtschaftsbericht für das Jahr 2001 noch von einem realen Wirtschaftswachstum von 2,75 % aus. Unter Berücksichtigung der schwachen Konjunktorentwicklung in den ersten Monaten wurde bei der Steuerschätzung im Mai für 2001 ein reales Wachstum von 2,0 % zugrunde gelegt. Die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute hatten kurz zuvor mit 2,1 % ein ähnliches reales Wachstum prognostiziert. Unter Berücksichtigung der inzwischen vorliegenden noch ungünstigeren Erwartungen liegt das Prognosespektrum für das laufende Jahr zur Zeit zwischen 1,2 % und 2,1 %.

Was die Preisentwicklung anbelangt, dürfte sowohl auf der Verbraucher- als auch auf der Erzeugerebene im Mai der Höhepunkt bereits überschritten sein. Wegen der hohen Zuwachsraten im 2. Quartal werden allerdings die Lebenshaltungskosten im Jahresdurchschnitt 2001 zwischen 2,5% und 2,75 % liegen und damit deutlich stärker ansteigen als noch zu Jahresbeginn erwartet worden war.

Die Konjunkturabschwächung beginnt sich zunehmend auch auf die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt auszuwirken. Der Rückgang der Arbeitslosenzahlen hat sich deutlich verlangsamt. Im Juni waren 3,69 Millionen Menschen ohne Arbeit, das sind nur 26 400 Arbeitslose weniger als im Vorjahr. Saisonbereinigt ist die Arbeitslosenzahl bereits seit Beginn des Jahres wieder angestiegen. Auch die Arbeitslosenquote lag im Juni mit 8,9 % nur noch leicht unter dem Vorjahr von 9,1%. In den neuen Bundesländern ist dabei die Arbeitslosenquote nach wie vor mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland.

Aufgrund der ungünstigeren Entwicklung im ersten Halbjahr hat die Bundesanstalt für Arbeit ihre Jahresdurchschnittsprognose für 2001 auf rd. 3,7 Millionen Arbeitslose erhöht. Dabei sind bereits erwartete Besserungstendenzen für die Herbstmonate berücksichtigt.

Auch für das kommende Jahr sind die Wachstumsprognosen zurückgenommen worden. Gleichwohl besteht jedoch zur Zeit weitgehender Konsens darüber, dass keine dauerhafte konjunkturelle Schwächephase zu erwarten ist. Vielmehr kann damit gerechnet werden, dass sich die Wirtschaftsentwicklung möglicherweise noch in der zweiten Jahreshälfte, spätestens jedoch im kommenden Jahr wieder belebt.

Hierfür spricht vor allem, dass insbesondere in den USA die Kreditmarktzinsen in kurzen Abständen ganz erheblich reduziert worden sind und von den vorgesehenen Steuererleichterungen zusätzliche expansive Impulse erwartet werden. Es kommt hinzu, dass sich auch von den Energiepreisen keine zusätzlichen Belastungen abzeichnen. In den USA könnte sich deshalb die gesamtwirtschaftliche Produktion - nach der ausgeprägten Schwächephase ab der zweiten Jahreshälfte 2000 - bereits Ende dieses Jahres wieder beleben. Auch für die EWU dürften sich die in mehreren Ländern bereits

beschlossenen Steuererleichterungen und die inzwischen auch von der EZB eingeleiteten ersten Zinssenkungsschritte im weiteren Jahresverlauf positiv auswirken. Die Schnelligkeit und das Ausmaß der konjunkturellen Belebung wird dabei maßgeblich davon abhängen, inwieweit es gelingt, den Preisanstieg wieder auf unterhalb von 2 Prozent zu begrenzen. Erst bei einem rückläufigen Preistrend können sich die Entlastungseffekte aus der Steuerreform voll entfalten.

Für die Bundesrepublik Deutschland hatten die wirtschaftswissenschaftlichen Institute in ihrem Frühjahrsgutachten für das kommende Jahr 2002 ein reales Wirtschaftswachstum von 2,2 % prognostiziert. Den gesamtwirtschaftlichen Annahmen der letzten Steuerschätzung vom Mai 2001 liegt mit 2,25 % eine ähnliche Erwartung zugrunde.

Gesamtwirtschaftliche Eckwerte der Steuerschätzung vom Mai 2001

Zuwachsraten des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in v. H.			
	2001	2002	Durchschnitt 2000 – 2005
nominal	3,5	4,0	4,0
real	2,0	2,25	2,25

Im Vergleich zur Steuerschätzung vom Mai 2000 sind die Wachstumserwartungen für das kommende Jahr 2002 um 0,5 % und für den Finanzplanungszeitraum um 0,25 % zurückgenommen worden. Ein Wirtschaftswachstum in der jetzt angesetzten Größenordnung von knapp über 2 Prozent ist eine unabdingbare Voraussetzung sowohl für den dringend notwendigen weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit als auch für die vorgesehene Rückführung der Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren.

Um die Annahmen der Steuerschätzung umzusetzen, muss jetzt alles daran gesetzt werden, die derzeitige Wachstumsschwäche sobald wie möglich zu überwinden. Wie bereits erwähnt, kommt dabei der Rückführung der hohen Inflationsraten besondere Bedeutung zu, da sich die steuerlichen Entlastungen erst dann in vollem Umfang nachfragewirksam entfalten können. Hierbei sind in erster Linie die Tarifpartner bei den anstehenden Tarifverhandlungen, aber auch die öffentliche Hand im Bereich ihrer Gebühren- und Abgabengestaltung gefordert. Die derzeitigen durch Sonderfaktoren überhöhten Inflationsraten dürfen nicht zur Grundlage für künftige Tarifabschlüsse gemacht werden. Ebenso ist im Bereich der von der öffentlichen Hand selbst oder der von

öffentlichen Unternehmen festgesetzten Gebühren und Abgaben besondere Zurückhaltung erforderlich. Bei einem gemeinsamen Beitrag zur Begrenzung der Inflationsgefahren aus der inländischen Wirtschaftsentwicklung sollte es der EZB auch möglich sein, weitere Zinssenkungen vorzunehmen und die Geldpolitik ähnlich expansiv wie in den USA zu gestalten.

Nur bei einer weitgehend gleichgerichteten Wirtschaftsentwicklung in den europäischen Ländern im Vergleich zu den USA kann damit gerechnet werden, dass sich in den kommenden Monaten der Außenwert des Euro wieder stabilisiert und damit auch der Inflationsdruck von den Importpreisen nachlässt.

Die Chancen zur Verbesserung des Außenwertes des Euro dürfen auch nicht dadurch gefährdet werden, dass der eingeleitete Konsolidierungskurs bei den öffentlichen Haushalten unterbrochen oder gar vorzeitig beendet wird. Weder zusätzliche Ausgabenprogramme noch weitere Steuererleichterungen sind deshalb gegenwärtig angezeigt.

2. Wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein

Die wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein in den beiden zurückliegenden Jahren hat erneut bestätigt, dass Schleswig-Holstein aufgrund seiner ganz überwiegend mittelständigen Wirtschaftsstruktur von zyklischen Konjunkturschwankungen weniger stark betroffen wird. Schwächere Konjunkturphasen beeinträchtigen die Wirtschaftsentwicklung des Landes deutlich geringer, von einer sehr günstigen Konjunktorentwicklung profitiert Schleswig-Holstein in aller Regel nur unterproportional. In der beginnenden Aufschwungsphase des Jahres 1999 lag das reale Wirtschaftswachstum in Schleswig-Holstein mit 1,9 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 1,5 %. Im konjunkturell sehr günstigen Jahr 2000, in dem in der Bundesrepublik mit einem realen Wachstum von 3 % das beste Ergebnis seit 1992 erzielt worden ist, nahm das reale BIP in Schleswig-Holstein nur um 0,9 % zu. Das vergleichsweise niedrige Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr ist allerdings auch durch eine Reihe von Sonderfaktoren verursacht, die im vergangenen Jahr das Wirtschaftsergebnis negativ beeinflusst hatten. Zu nennen sind hier insbesondere Produktionsausfälle in der Energieversorgung, überdurchschnittlich starke Produktionseinbussen im Baugewerbe und Umsatzrückgänge in dem für Schleswig-Holstein bedeutenden Ernährungsgewerbe. Aber auch im verarbeitenden Gewerbe war in Schleswig-Holstein ein deutlich geringeres Produktionswachstum zu verzeichnen. Neben branchenspezifischen Ursachen hat hierzu auch der mit + 4,9 % erheblich geringere Anstieg der Auslandsumsätze (Bundesgebiet +15,9 %) beigetragen.

Im längerfristigen Vergleich der Jahre 1991-2000 nimmt Schleswig Holstein mit einem realen Wachstum von 9,4 % nach Bayern, Hamburg, Hessen und Baden-Württemberg weiterhin einen guten 5. Platz unter den westdeutschen Ländern ein.

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich in Schleswig-Holstein auch im vergangenen Jahr die positive Entwicklung weiter fortgesetzt. Mit einem Minus von 6,3 % war im vergangenen Jahr der stärkste Rückgang der Arbeitslosenzahlen seit neun Jahren zu verzeichnen. Die Arbeitslosenquote sank von 9,4% im Vorjahr auf 8,5 % im Jahre 2000. Sie lag damit unterhalb des Bundesdurchschnitts von 9,6 %, aber über dem Durchschnitt in Westdeutschland (7,8 %). Nach wie vor hat Schleswig-Holstein jedoch die niedrigste Arbeitslosenquote unter allen norddeutschen Ländern zu verzeichnen. Auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist im vergangenen Jahr um fast 6% auf 826.700 und damit auf den höchsten Stand seit Mitte der neunziger Jahre angestiegen. Die vorliegenden Daten für die ersten Monate des laufenden Jahres deuten darauf hin, dass sich die schwache Konjunktur zunehmend auch in Schleswig-Holstein auswirkt. Im ersten Quartal 2000 sind die Umsätze im verarbeitenden Gewerbe nicht mehr angestiegen. Auch die Auftragslage hat sich erheblich verschlechtert. Im Baubereich mussten erneut hohe Umsatzeinbußen hingenommen werden, die Auftragslage hat sich hier zuletzt jedoch wieder etwas stabilisiert.

Nach dem letzten Konjunkturbericht der Industrie- und Handelskammern hat sich auch die Stimmungslage im Frühjahr 2001 als Folge einer nachlassenden Auslandsnachfrage und einer nur als befriedigend betrachteten Binnennachfrage kontinuierlich verschlechtert. Lediglich im Kreditgewerbe und im Dienstleistungsbereich wird die Wirtschaftslage insgesamt noch als gut bezeichnet.

Die schwache Konjunktur beginnt sich zunehmend auch auf dem Arbeitsmarkt auszuwirken. Die Arbeitslosenquote ging zwar im auch Juni 2001 im Vergleich zum Mai von 8,0 % nochmals auf 7,8 % zurück; im Vergleich zum Vorjahr blieb sie jedoch unverändert. Auch die Beschäftigtenzahl hat im verarbeitenden Gewerbe im Vergleich zum Vorjahr im ersten Quartal 2001 nicht mehr zugenommen. Im Baugewerbe hat sich der Beschäftigungsabbau verstärkt fortgesetzt.

Stabilisierend dürfte sich im weiteren Jahresverlauf die nach wie vor gute Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungssektor auswirken, dessen Anteil an der realen Bruttowertschöpfung des Landes im vergangenen Jahr auf 74,1% weiter angestiegen ist.

2. Finanzielle Lage des Landes / Haushaltsstruktur

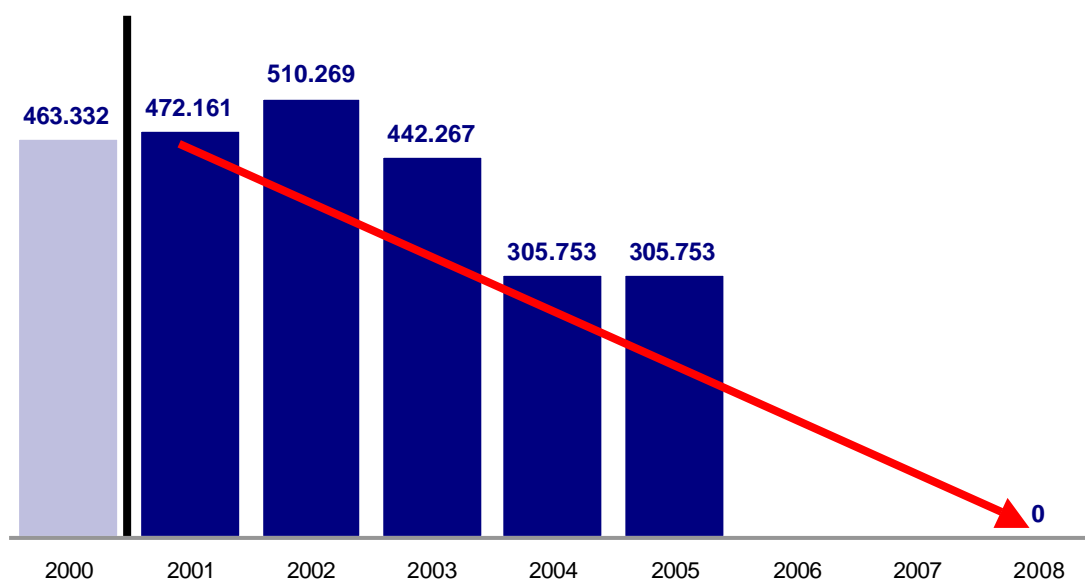
Finanzielle Lage des Landes

Die Zustimmung der Landesregierung zur Steuerreform, Rentenreform, Einführung einer Entfernungspauschale und weiteren Steuersenkungsgesetzen sowie die Rückführung der jährlichen Neuverschuldung auf 0 Euro bis zum Jahre 2008 sind unveränderbare Eckpfeiler der politischen Ziele der Landesregierung.

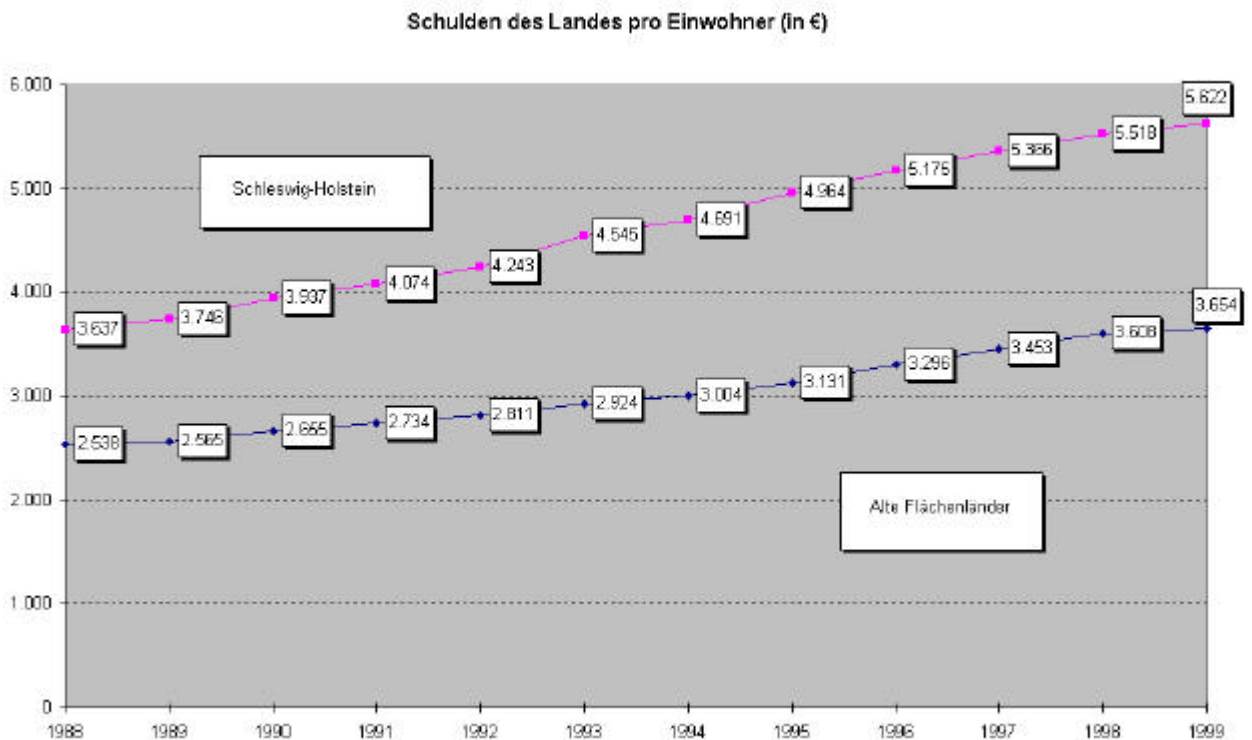
Die Steuersenkungen stärken die Binnennachfrage, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, die Konjunkturentwicklung und entlasten so auch den Arbeitsmarkt. Allein durch die Steuerreform werden die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft des Landes bis zum Jahre 2005 um rd. 2,8 Mrd. Euro entlastet.

Die Rückführung der jährlichen Neuverschuldung des Landes ist unvermeidlich, um die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes nachhaltig zu sichern. Die überproportional hohe und noch immer steigende Verschuldung des Landes mit einem entsprechenden Anstieg der Zinsausgaben engt den finanzpolitischen Spielraum des Landes zunehmend ein. Nur eine Rückführung der Neuverschuldung wird es ermöglichen, die Bedürfnisse der heutigen Generation zu befriedigen, ohne die Bedürfnisbefriedigung künftiger Generationen unmöglich zu machen.

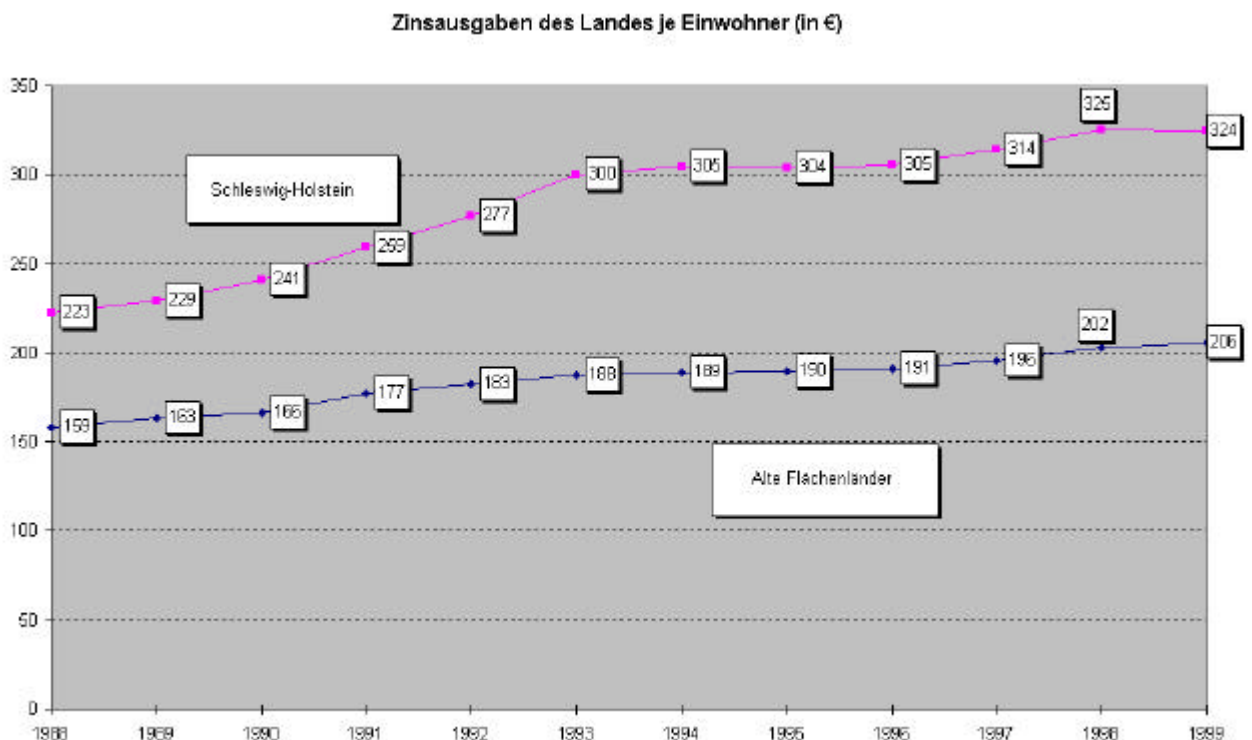
Die Nettokreditaufnahme soll sich deshalb wie folgt entwickeln (in T€):



Wie wichtig die Rückführung der Neuverschuldung ist, zeigt auch ein Vergleich der Pro-Kopf-Verschuldung der alten Flächenländer. Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt in Schleswig-Holstein um rd. 54 % über dem Durchschnitt.



Das Land muss aufgrund dieser Schuldensituation pro Jahr rd. 118 Euro oder 57 % je Einwohner mehr an Zinsen zahlen als die Bürgerinnen und Bürger der alten Flächenländer



Auch dieser Vergleich macht deutlich, wie wichtig die Rückführung der Neuverschuldung ist.

Der Rückgang von Steuereinnahmen und geringere jährliche Neuverschuldungen sind aber nicht vereinbar mit gleichbleibenden oder sogar noch steigenden staatlichen Leistungen.

Hieraus folgt zwingend:

Umfang und Struktur der Leistungen des Landes müssen überprüft, Leistungen müssen zurückgeführt werden.

Die Landesregierung hat deshalb mit dem Haushaltsentwurf 2002 Prioritätsentscheidungen getroffen mit massiven Einschnitten in bestehende Ausgabestrukturen, einem konsequenten Umbau der Landesaufgaben und einer Konzentration der verfügbaren Landesmittel auf die Zukunftsvorsorge in den Bereichen Arbeit, Bildung und Innovation.

Die wichtigsten Einschnitte betreffen

- die Reduzierung des Landesblindengeldes um 10 %,
- die Begrenzung der Erstattungen der Kosten für das pädagogische Personal der Kindertagesstätten auf die Haushaltsansätze,
- die Umstellung der Krankenhausfinanzierung von Zuschüssen auf Schuldendiensterstattungen,
- die Privatschulförderung durch Festschreibung der bisherigen Schülerkosten,
- die Erwirtschaftung der Besoldungs- und Tariferhöhungen durch personalwirtschaftliche Maßnahmen, verbunden mit einer Arbeitszeitverlängerung für Beamtinnen und Beamte auf 40-Wochen-Arbeitsstunden, einem Aussetzen struktureller Stellenplanverbesserungen sowie im Grundsatz einem Aussetzen der Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte,
- eine Neukonzeptionierung der Wagniskapitalförderung im Aufgabenbereich der Investitionsbank,
- den Um- und Ausbau der Landesstraßen,
- eine grundsätzliche Absenkung der Förderquoten bei investiven Förderungen auf 50 %.
- die Reduzierung des neuen Wohnungsbauprogramms auf 51,1 Mio €,
- die stufenweise Teilschließung der Abendschulen,
- Kürzungen der Programmteile von „ziel“
- strukturelle Veränderungen in der Landesverwaltung

3. Eckdaten des Finanzplans 2001 bis 2005

Für den Zeitraum der Finanzplanung hat die Landesregierung folgende Entwicklung der Nettoausgaben vorgesehen :

		<u>Mio. €</u>	<u>Zuwachs in v.H.</u>
Haushalt	2001	7.717,7	
Haushaltsentwurf	2002	7.723,2	0,1
Planung	2003	7.818,6	1,2
Planung	2004	7.995,2	2,3
Planung	2005	8.120,0	1,6

Bei den Nettoeinnahmen wird folgendes Wachstum erwartet:

		<u>Mio. €</u>	<u>Zuwachs in v.H.</u>
Haushalt	2001*	7.072,4	
Haushaltsentwurf	2002*	7.136,2	0,9
Planung	2003	7.369,8	3,3
Planung	2004	7.682,9	4,3
Planung	2005	7.815,1	1,7

*ohne Einnahmen aus Liegenschaftsübertragungen

Für die Neuverschuldung des Landes ergibt sich folgende Entwicklung:.

		<u>Mio. €</u>	<u>Veränderung absolut - in Mio. € -</u>
Haushalt	2001*	472,2	
Haushaltsentwurf	2002*	510,3	38,1
Planung	2003	442,3	-68,0
Planung	2004	305,8	-136,5
Planung	2005	305,8	0,0

* ohne Einnahmen aus Liegenschaftsübertragungen

Einen Gesamtüberblick über die Entwicklung der großen Einnahme- und Ausgabeblöcke im Planungszeitraum auf der Grundlage des Gruppierungsplans geben die **Anlagen 1 bis**

3.

4. Aufgabenschwerpunkte

Mit der Finanzplanung bis 2005 wird bewiesen, dass Schleswig-Holstein finanzpolitisch handlungsfähig bleibt. Am strikten Sparkurs wird festgehalten. Die Wachstumsraten des Haushalts liegen deutlich unter der Empfehlung des Finanzplanungsrates. Die Reformen werden fortgesetzt. Die knappen Landesmittel werden konzentriert auf den Bereich „Arbeit, Bildung, Innovation“. Aber auch dieser Scherpunkt ist von Ausgabekürzungen nicht ausgenommen.

Wesentliche Aufgabenbereiche bleiben:

- Programm „*ziel*: Zukunft im eigenen Land“

Im Programm „*ziel*: Zukunft im eigenen Land“ mit einem Gesamtvolumen von rd. 1 Mrd. € im Zeitraum 2000 bis 2006 wurden das „Regionalprogramm 2000“, das Programm „Zukunft auf dem Land“ und das Programm „ASH 2000“ gebündelt, um die erhöhten Fördermittel der EU zu binden und effektiv einzusetzen.

Das Programm verfolgt folgende Ziele:

- Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen u.a. in neuen Arbeitsfeldern und durch neue Arbeitsorganisationen
- Berufliche Qualifizierung
- Förderung zukunftsweisender Technologien
- Förderung der Informationsgesellschaft
- Stärkung der ländlichen Räume einschl. Modernisierung der Agrarstruktur
- Energieeinsparung, Nutzung erneuerbarer Energien und Klimaschutz
- ökologische Modernisierung
- Ostsee- und Nordseekooperation

Dabei sollen innovative Projekte, die in besonderer Weise zukunftsweisend oder strukturfördernd sind, grundsätzlich einen Fördervorrang erhalten. Im Bereich der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wird Projekten ein Fördervorrang eingeräumt, die staatliche Transferzahlungen vermeiden oder überwinden.

Die Landesmittel für diese 3 Programme werden im Finanzplanungszeitraum um rd. 56 Mio. € gegenüber den bisherigen Planungen reduziert.

– Wohnungsbau

Das vom Land finanzierte Volumen des Wohnungsbaues beläuft sich im Jahre 2001 auf rd. 61 Mio €. Das neue Wohnungsbauprogramm 2002 wird ein Volumen von 51,1 Mio € nicht übersteigen.

– Städtebauförderung

Das Förderungsvolumen beträgt für den Planungszeitraum insgesamt rd. 95 Mio €

– Arbeitsmarkt

Für das arbeitsmarktpolitische Programm des Landes ASH - das alle Maßnahmen der Ressorts zusammenfasst - werden im Finanzplanungszeitraum trotz Kürzungen Landesmittel allein im MASGV im Gesamtbetrag von 80,8 Mio € bereitgestellt. Hinzu kommen noch ESF-Mittel in Höhe von rd. 75,2 Mio. €

– Umweltschutz

Durch die Erhebung einer Grundwasserentnahmeabgabe können umfangreiche Umweltschutzmaßnahmen im Bereich Grundwasserschutz, Grundwasserbewirtschaftung und Wasserversorgung in Höhe von rd. 53,2 Mio. € finanziert werden.

Ähnliches gilt für die ab 2001 zu erhebende Oberflächenwasserabgabe. Von einem zu erwartendem Aufkommen von rd. 143,2 Mio € im Finanzplanungszeitraum sollen 50 % für Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der oberirdischen Gewässer, der aquatischen Ökosysteme und der von ihnen abhängigen Landökosysteme und Feuchtgebiete sowie zur Förderung einer nachhaltigen Wassernutzung verwendet werden.

Aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe i.H.v. 74,0 Mio. € werden u.a. Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässergüte finanziert.

– Innere Sicherheit und Justiz

Für die Innere Sicherheit werden von 2001 bis 2005 für Personal, sächliche Verwaltungsausgaben und Investitionen (ohne Baumaßnahmen) im Bereich der Polizei allein rd. 1,7 Mrd. € ausgegeben.

Die Funktions- und Handlungsfähigkeit der Justiz wird gesichert. Durch Modernisierung und umfassenden Einsatz von Informationstechnik wird die Justiz zukunftsfähig gemacht. Hierfür sind bis zum Jahre 2005 rd. 32,6 Mio € eingeplant.

– Landesentwicklung

Für die Entwicklung der ländlichen Räume einschließlich der Förderung der Land- und Ernährungswirtschaft, der Fischerei und Küstenschutzmaßnahmen steht insgesamt rd. 0,5 Mrd. € im Finanzplanungszeitraum insbesondere für Investitionen zur Verfügung.

– Kindertagesstätten

Für die Förderung von Kindertageseinrichtungen – insbesondere für die anteilige Erstattung der Kosten des pädagogischen Personals – sind im Finanzplanungszeitraum insgesamt 269,1 Mio € vorgesehen. Die Erstattungen der Personalkosten werden aber auf die jährlichen Haushaltsansätze gedeckelt.

- Schulbereich

Die Landesregierung hat beschlossen, im Zeitraum 2000 bis 2005 insgesamt 1200 neue Lehrerstellen zur Qualitätssicherung für die Schulen zu schaffen. Zur Sicherung der Unterrichtsversorgung werden im Haushaltsentwurf 2002 daher wie geplant 200 neue Lehrerstellen eingerichtet. Außerdem sind im Haushaltsentwurf 2002 zusätzlich zu den bereits in den Haushalten 2000 und 2001 geschaffenen zusätzlichen 150 Stellen weitere 100 neue Stellen für Lehramtsanwärter/Studienreferendare vorgesehen, um dem wegen der hohen Pensionierungszahlen absehbaren Nachwuchsbedarf zu begegnen. Durch die Mehrarbeit für beamtete Lehrkräfte von Gymnasien, Gesamt- und berufsbildenden Schulen wird die Unterrichtsversorgung im Wert von 117 Lehrstellen zusätzlich verbessert und der Einstieg in ein Ganztagsangebot für Schulen im Wert von 45 Stellen ermöglicht.

- Hochschulen und Forschung

Die aktuellen Zielvereinbarungen mit den Hochschulen laufen Ende des Jahres 2001 aus. Für die Jahre 2002 bis 2005 sollen mit den neun Hochschulen des Landes neue Zielvereinbarungen abgeschlossen werden. Die Hochschulen sollen damit weiterhin ein hohes Maß an Planungssicherheit bei weitgehend globalisierten Haushalten erhalten. Die Ausweisung der Hochschulhaushalte wird sich im Jahr 2002 im Vergleich zum Haushalt 2001 noch nicht ändern. Erst nach Vorliegen der technischen Voraussetzungen werden die Hochschulen voraussichtlich ab dem Jahr 2003

entsprechend dem Hochschulgesetz Zuschüsse zu ihren Wirtschaftsplänen erhalten. Die Wirtschaftspläne der Hochschulen einschließlich der weiterhin verbindlichen Stellenpläne werden dann als Anlage zum Landeshaushalt abgedruckt werden. Einhergehen muss mit dieser weiteren Verantwortungsübertragung auf die Hochschulen im Rahmen von Zielvereinbarungen die Einführung einer Kostenrechnung, eines Berichtswesens und eines Controllings.

– Wirtschaftsförderung

Wettbewerbshilfen für schleswig-holsteinische Werften zur Sicherung von Arbeitsplätzen sind aufgrund der bis Ende 2000 eingegangenen Verpflichtungen mit 73,1 Mio. € eingeplant.

Das Aufstiegsfortbildungsgesetz gewährt Fachkräften, die sich nach einer abgeschlossenen beruflichen Erstausbildung auf eine herausgehobene Berufstätigkeit vorbereiten, einen gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung. Für Leistungen nach dem Gesetz sind 13,7 Mio. € vorgesehen, von denen der Bund 9,7 Mio. € trägt.

(Wegen Einzelheiten der Schwerpunkte vor allem wachstums- und beschäftigungsfördernder Maßnahmen wird auf die Ausführungen in dem Abschnitt VI des Finanzplans verwiesen.)

III. Die Einnahmenseite des Finanzplans

1. Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben

Steuereinnahmen, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen

Grundlage für die Veranschlagung der Steuereinnahmen, des Länderfinanzausgleichs und der Bundesergänzungszuweisungen sind

- eine eigene Steuerschätzung auf der Basis des regionalisierten Ergebnisses des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 15. bis 17. Mai 2001,
- die finanziellen Auswirkungen des Gesetzentwurfs eines Zweiten Gesetzes zur Familienförderung, die sich aus der Anhebung des Kindergeldes für das erste und das zweite Kind um je 30 DM monatlich ab dem 1.1.2002 auf der Grundlage des § 1 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern im Lastenungsverhältnis 74 (Bund) : 26 (Länder) ergeben,
- die finanziellen Auswirkungen der Neuordnung der Bund-/Länder-Finanzbeziehungen auf der Grundlage des Beschlusses der Ministerpräsidenten vom 21./22. Juni 2001 einschließlich der Neuregelung der Leistungen an den Fonds Deutsche Einheit und
- die steuerlichen Mehreinnahmen, mit denen auf Grund der vorgesehenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges zu rechnen ist.

Den finanziellen Auswirkungen des Schätzergebnisses liegen die unter Abschnitt II.1 genannten gesamtwirtschaftlichen Annahmen zugrunde.

Die Schätzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom Mai 2001 wurde auf der Basis des geltenden Steuerrechts vorgenommen. Ferner wurden die durch das Altersvermögensgesetz (Rentenreform) für 2002 ff. erwarteten Steuermindereinnahmen in das Schätzergebnis einbezogen. Bei der Verteilung der Steuereinnahmen auf die staatlichen Ebenen wurde für die Umsatzsteuer der gegenwärtige Verteilerschlüssel für den gesamten Projektionszeitraum zugrunde gelegt. Danach stehen dem Bund vom Aufkommen der Umsatzsteuer vorab 5,63 v. H. für die Rentenfinanzierung zu. Vom verbleibenden Aufkommen erhalten die Gemeinden als Ausgleich für die ab 1. Januar 1998 weggefallene Gewerbesteuer 2,2 v.H. Vom danach verbleibenden

Aufkommen stehen dem Bund 49,6 v.H. und den Ländern 50,4 v. H. zu.

Die Steuereinnahmen, der Länderfinanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen werden sich danach voraussichtlich wie folgt entwickeln:

Jahr	Steuer- einnahme n	LFA	BEZ	Insgesamt	Zuwachs	
					- Mio. € -	in Mio. € in v.H.
2001 ^{*)}	5.052,8	139,7	339,9	5.532,4		
2002	5.343,0	118,7	296,7	5.758,4	+ 226,0	+ 4,1
2003	5.521,3	124,1	293,2	5.938,6	+ 180,2	+ 3,1
2004	5.830,9	131,5	292,7	6.255,1	+ 316,5	+ 5,3
2005	6.043,1	183,1	151,3	6.377,5	+ 122,4	+ 2,0

*) (ohne Nachtrag)

2. Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen

Dieser Bereich enthält die Verwaltungseinnahmen (insbesondere Gebühren und Geldbußen), die Wirtschaftseinnahmen (insbesondere Lottereeinnahmen, Gewinne und Erlöse aus wirtschaftlicher Tätigkeit, Mieten und Pachten), Veräußerungserlöse - auch im Rahmen des Liegenschaftsmodell - , Gewährleistungseinnahmen und die Zins- und Tilgungseinnahmen aus Darlehen aller Art. Insgesamt ergibt sich bei diesen Einnahmen folgende Entwicklung:

		<u>- Mio. € -</u>
Haushalt	2001	659,9
Haushaltsentwurf	2002	500,3
Planung	2003	425,5
Planung	2004	423,2
Planung	2005	426,3

3. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse

Die Zuweisungen und Zuschüsse für nichtinvestive Zwecke, einschl. Einnahmen aus Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen, entwickeln sich im Finanzplanungszeitraum wie folgt:

		<u>- Mio. € -</u>
Haushalt	2001	1.110,7
Haushaltsentwurf	2002	1.015,2
Planung	2003	1.009,2
Planung	2004	1.012,5
Planung	2005	927,8

4. Einnahmen aus Zuwendungen für Investitionen und Schuldenaufnahmen (ohne Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt)

Hierunter fallen im wesentlichen

- Zuweisungen des Bundes
 - ° zur Förderung des Wohnungsbaus
 - ° nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz
 - ° nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (kommunaler Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr)
 - ° im Zusammenhang mit der Bahnreform
- der Anteil der Gemeinden an den Ausgaben der Krankenhausfinanzierung
- Zuweisungen der Europäischen Union zur Förderung strukturschwacher Räume.

Für die Jahre des Planungszeitraums werden folgende Einnahmen erwartet:

		<u>- Mio. € -</u>
Haushalt	2001	176,2
Haushaltsentwurf	2002	184,8
Planung	2003	194,8
Planung	2004	195,2
Planung	2005	195,7

5. Schuldenaufnahme am Kreditmarkt

Die Entwicklung des Bruttokreditbedarfs wird bei der auf 31,6 Mrd. DM am Ende des Haushaltsjahres 2000 angewachsenen Gesamtverschuldung des Landes maßgeblich von der Fälligkeitsstruktur der Altschulden bestimmt. Neben der Anschlussfinanzierung für die Altschulden beeinflusst auch die Neuverschuldung die Höhe des jährlichen Bruttokreditbedarfs.

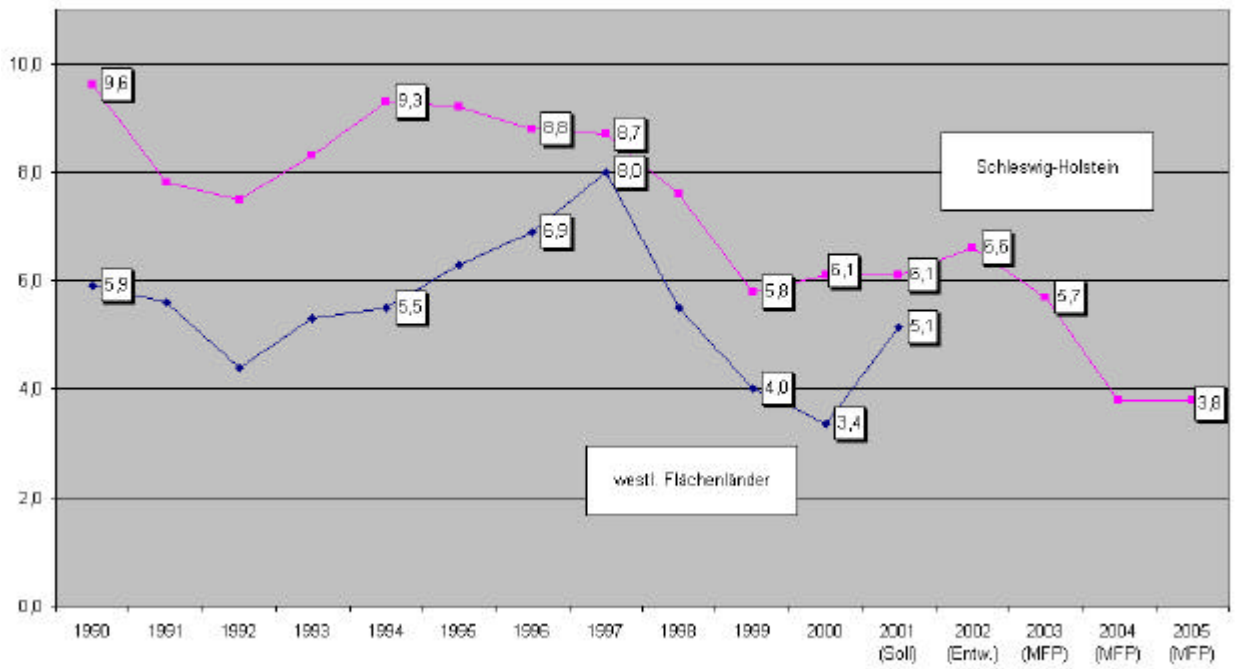
Die Niedrigzinsphase der Jahre 1997 bis Mitte 1999 ist von Seiten des Kreditmanagements zu einer Verlängerung der Kreditlaufzeiten und damit zu einer Verbesserung der Laufzeitstruktur des Schuldenstandes genutzt worden. Diese Verlängerung der Kreditlaufzeiten trägt maßgeblich dazu bei, dass das Tilgungsvolumen und damit auch der Bruttokreditbedarf in den nächsten Jahren annähernd konstant bleibt (vgl. hierzu auch Abschnitt IV Tz. 3.3). Nachdem jedoch im Jahre 1999 die Kapitalmarktzinsen um mehr als 1,5 %-Punkte angestiegen sind, wurde ab dem Jahre 2000 die Durchschnittslaufzeit wieder verkürzt. Hierdurch und aufgrund des weiteren Anstiegs der Verschuldung des Landes wird insbesondere ab dem Jahre 2003 das Tilgungsvolumen und damit auch der Bruttokreditbedarf wieder stärker zunehmen.

Im einzelnen entwickeln sich die am Kreditmarkt zu finanzierende Bruttokreditaufnahme (einschließlich Umschuldungen) und die Nettokreditaufnahme wie folgt:

Jahr	Kreditaufnahme		Kreditfinanzierungs- quote
	Brutto	netto	
	- in Mio Euro -		- in v.H. -
2001	2.166,0	472,2	6,1
2002	2.334,0	510,3	6,6
2003	3.118,5	442,3	5,7
2004	3.025,5	305,8	3,8
2005	2.989,4	305,8	3,8

Die Kreditfinanzierungsquote, die sich aus der Nettokreditaufnahme in v.H. der Nettoausgaben berechnet, steigt im Jahre 2002 aufgrund der Einnahmeausfälle aus der Steuerreform nochmals an und geht danach mit der Rückführung der Neuverschuldung deutlich zurück.

Kreditfinanzierungsquote des Landes (in v.H.)



IV. Die Ausgabenseite des Finanzplans

1. Personalausgaben

1.1 Berechnung der Personalausgaben

Ab 1998 werden die Personalausgaben des Landes budgetiert. Für 2002 sind die Personalkostenbudgets des Jahres 2001 grundsätzlich überrollt worden. Für lineare Steigerungen sind - mit Ausnahme des Lehrerbereichs - keine Haushaltsmittel veranschlagt.

1.2 Versorgungsrücklage des Landes Schleswig-Holstein

Nach § 14 a Bundesbesoldungsgesetz sind Bund und Länder verpflichtet, Versorgungsrücklagen zu bilden. Durch eine Verminderung der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen (in der Regel 0,2 Prozentpunkte jährlich) soll in den Jahren 1999 bis 2013 zur Stärkung der Finanzierungsgrundlage im Zeitraum der höchsten Belastung durch Versorgungsausgaben (ab 2014) im Lande eine Rücklage aufgebaut werden. Die sich daraus ergebende Einsparung wird als globaler Versorgungsbeitrag dem Sondervermögen des Landes zugeführt. Die Anlage und Bestandsverwaltung der dem Sondervermögen zufließenden Mittel ist der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein übertragen worden. Im Zeitraum 2001 bis 2005 sind als Zuführungen an die Versorgungsrücklage folgende Ansätze ausgewiesen:

		<u>- Mio. € -</u>
Haushalt	2001	8,6
Haushalt	2002	12,2
Planung	2003	16,6
Planung	2004	21,4
Planung	2005	26,4

1.3 Stellenplan 2002

Der Stellenplan 2002 weist insgesamt 55.651 Planstellen und Stellen aus. Davon entfallen 54.732 Planstellen und Stellen auf die Landesverwaltung und 919 Planstellen auf die Wirtschaftsbetriebe des Landes.

Aufgrund der rechtlichen Verselbständigung des Landeslabors werden für diesen Bereich nur noch die Planstellen im Landeshaushalt ausgewiesen.

Insgesamt erhöht sich die Gesamtstellenzahl des Landes gegenüber dem Haushalt 2001 (55.624) um 27 Stellen. Dem Stellenzugang von 429 Stellen stehen Einsparungen von 402 Stellen gegenüber.

Neue Stellen sind insbesondere vorgesehen für

- Lehrerinnen und Lehrer (200)
- Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter (100)
- Stellen für die Übernahme von Nachwuchskräften (19)
- Nachwuchskräfte im Justizbereich und im Justizvollzug (34)
- Betreuungs- und Aufsichtspersonal in der Abschiebehafteinrichtung Rendsburg (7)
- Aufbau und Pflege eines Unternehmensregisters im Statistischen Landesamt (7)

Von den 400 Stelleneinsparungen entfallen 170 auf die Übertragung von Aufgaben auf den Wirtschaftsbetrieb „Landeslabor“,. Für diesen Bereich werden nur noch die Planstellen im Stellenplan ausgewiesen.

Weitere Stelleneinsparungen sind wie folgt vorgesehen:

- Nachwuchskräfte (49)
- Stellen für die Übernahme von Nachwuchskräften (41)
- Im Rahmen der 58-Regelung (42)
- Im Rahmen des 600-Stellen-Einsparprogramms (60)

1.4 Stelleneinsparprogramm „1.600 Stellen“

Das sogenannte "1.600 Stellen-Einsparprogramm" ist mit den letzten Einsparungen im Einzelplan 07 im Haushalt 2001 abgeschlossen worden.

1.5 Stelleneinsparprogramm „600 Stellen“

Im Haushalt 2000 sind rd. 600 kw-Vermerke ausgebracht (ohne kw-Vermerke im Rahmen des 1.600-Stellen-Einsparprogramms, für Personalratsmitglieder, für Schwerbehinderte und für die vorübergehende Unterbringung von Nachwuchskräften), die im Rahmen des „600-Stelleneinsparprogramms“ bis zum Jahr 2005 zu realisieren sind. Soweit diese kw-Vermerke nicht bereits in 2001 realisiert werden oder einen Wegfallvermerk bis 2005 ausweisen, werden diese Vermerke grds. ohne Zusatz ausgebracht, so dass sie spätestens bis 2005 realisiert werden.

In 2001 wurden Einsparungen von 19 Stellen, die zusätzlich erbracht worden sind, auf das Einsparkontingent dieses Einsparprogramms angerechnet. Im Haushalt 2002 sind weitere 60 Einsparungen im Rahmen dieses Programms geplant.

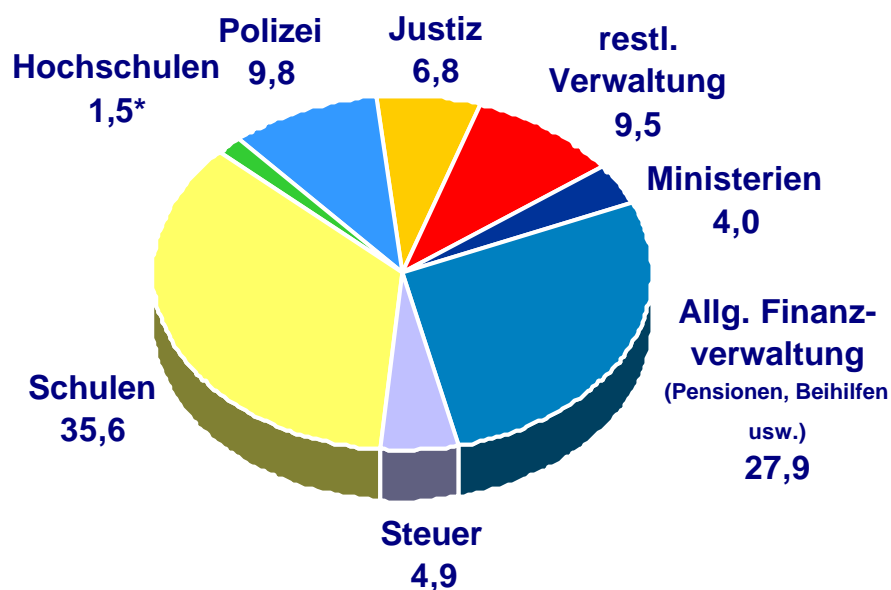
1.6 Gesamtentwicklung der Personalausgaben

Die Personalausgaben werden sich unter Berücksichtigung von linearen Gehaltsverbesserungen und allgemeinen Personalkostenbudgetabschlägen wie folgt entwickeln:

		Besoldung Vergütung (OGr. 42 und 46)*	Versor- gung (OGr. 43)	sonstige Personal- ausgaben (OGr. 41, 44 und 45)	Personal- ausgaben (HGr.4)	Zuwachs
		Mio. €				in v. H.
Haushalt	2001	2.016,5	647,9	175,4	2.839,8	-5,3
Haushaltsentwurf	2002	2.069,2	680,1	179,6	2.929,0	3,1
Planung	2003	2.101,8	726,5	185,4	3.013,8	2,9
Planung	2004	2.134,2	762,8	188,4	3.085,2	2,4
Planung	2005	2.162,1	798,0	191,2	3.151,3	2,1

* ab 2001 ohne Personalausgaben der Hochschulen (§ 21 Hochschulgesetz)

Aufteilung der Personalkosten in % für 2001 (Soll)



* ohne die in das Gesamtbudget überführten Personalkosten (rd. 169 Mio €)

2. Sächliche Verwaltungsausgaben

Die sächlichen Verwaltungsausgaben steigen von 425,0 Mio € (2001) auf 453,4 Mio € (2005). Im Hinblick auf die Übertragung von Grundstücken auf die Investitionsbank sind ab 2000 zusätzliche Ausgaben für Mieten eingeplant. In den Planjahren ergibt sich folgende Entwicklung:

		Mio. €	Zuwachs in v.H.
Haushalt	2001	425,0	10,1
Haushaltsentwurf	2002	443,2	4,3
Planung	2003	446,9	0,8
Planung	2004	456,2	2,1
Planung	2005	453,4	-0,6

3. Ausgaben für den Schuldendienst

3.1 Zinsausgaben

Die Entwicklung der Zinsausgaben wird bestimmt durch den Schuldenzuwachs, die

Veränderung der Kapitalmarktzinsen und die Bemühungen des Kredit- und Zinsmanagements, die Zinsausgaben des Landes zu optimieren.

Trotz des weiteren Anstiegs der Verschuldung des Landes konnten auch im Haushalt 2000 die Zinsausgaben mit rd. 901 Mio. Euro annähernd auf dem Stand des Vorjahres (898 Mio. Euro) stabilisiert werden. Dies ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass der Mehraufwand aus der Neuverschuldung durch die niedrigen Zinskosten aus der Anschlussfinanzierung höher verzinslicher Altkredite und durch ergänzende Optimierungsmaßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements kompensiert werden konnte.

Der Anstieg im laufenden Haushalt 2001 ist auf die deutliche Erhöhung der Kapitalmarktzinsen seit Mitte 1999 zurückzuführen. Im kommenden Jahr 2002 erhöhen sich die Zinsausgaben nur geringfügig, da der Anstieg der Kapitalmarktzinsen im laufenden Jahr sich nicht fortgesetzt hat. Danach steigen die Zinsausgaben jedoch wieder etwas stärker an. Dies ist darauf zurückzuführen, dass bei einem erwarteten Anstieg der Kapitalmarktzinsen die Entlastungseffekte aus der Umschuldung von Altschulden und aus den Einsparungen im Rahmen des Kredit- und Zinsmanagements nicht mehr ausreichen, um die Mehrbelastungen aus Neuverschuldung auszugleichen.

Im einzelnen entwickeln sich die Zinsausgaben wie folgt:

Haushaltsjahr		in Mio Euro	Zuwachs in v.H.
Haushalt	2001	923,3	
Haushaltsentwurf	2002	923,5	+ / - 0
Planung	2003	946,0	+ 2,4
Planung	2004	967,8	+ 2,3
Planung	2005	993,8	+ 2,7

Die Zins-Ausgaben-Quote (Zinsausgaben in v.H. der Nettoausgaben) kann im Finanzplanungszeitraum annähernd auf dem erreichten Niveau von 12 % stabilisiert werden. Die Zins-Steuer-Quote (Zinsausgaben in v.H. der Steuern einschließlich BEZ und LFA) wird im Finanzplanungszeitraum um 1,1 % auf 15,6 % zurückgeführt.

Haushaltsjahr		Zins-Ausgaben-Quote - in v.H. -	Zins-Steuer-Quote - in v.H. -
Haushalt	2001	12,0	16,7
Haushaltsentwurf	2002	12,0	16,0
Planung	2003	12,1	15,9
Planung	2004	12,1	15,5
Planung	2005	12,2	15,6

3.2 Entwicklung des Primärüberschusses

Der Primärsaldo liefert Anhaltspunkte dafür, ob und in welchem Umfang sich der reguläre Haushalt (d.h. der nicht kreditfinanzierte Haushalt) verbessert oder verschlechtert und in welchem Umfang hierzu Veränderungen auf der Einnahmen- oder Ausgabenseite beigetragen haben. Der Primärsaldo ist hingegen kein Indikator dafür, ob und in welchem Umfang Ausgaben auf dem Kreditwege finanziert werden.

in Mio €	Ist	Soll	HHE		MFP	
	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Nettoeinnahmen*	7.081,2	7.072,4	7.136,2	7.369,8	7.682,9	7.815,1
Nettoausgaben	7.558,4	7.717,7	7.723,2	7.818,6	7.995,2	8.120,0
Finanzierungssaldo	-477,2	-645,3	-587,0	-448,8	-312,3	-304,9
Zinsausgaben	901,6	923,3	923,5	946,0	967,8	993,8
bereinigte Nettoausgaben (Nettoausgaben minus Zinsausgaben)	6.656,8	6.794,4	6.799,7	6.872,6	7.027,4	7.126,2
Primärüberschuss (Nettoeinnahmen minus bereinigte Nettoausgaben)	424,4	278,0	336,5	497,2	655,5	688,9
Nettokreditaufnahme	463,3	472,2	510,3	442,3	305,8	305,8

* ohne Einnahmen aus
Liegenschaftsübertragungen

Vor allem durch die Einnahmeausfälle aus den Steuerentlastungen verringert sich der Primärüberschuss 2002 im Vergleich zum Jahre 2000 um ca. 88 Mio. Euro. Erst in den Folgejahren können diese Ausfälle durch Mehreinnahmen aufgrund der verbesserten Konjunktorentwicklung zunehmend kompensiert werden. Im letzten Jahr des Finanzplanungszeitraums liegt der Primärüberschuss um rd. 265 Mio. Euro über dem im Jahre 2000 erreichten Ausgangswert.

3.3 Tilgungsausgaben (Kreditmarkt)

In der Niedrigzinsphase der Jahre 1997 bis Mitte 1999 sind im Rahmen des Kredit- und Zinsmanagements die Kreditlaufzeiten erheblich verlängert worden. Trotz eines ansteigenden Schuldenstandes bewegen sich deshalb die Tilgungsfälligkeiten bis zum Jahre 2002 noch unterhalb von 2 Mrd. Euro. Nachdem inzwischen die Kapitalmarktzinsen

deutlich gestiegen sind, ist es vertretbar, die Durchschnittslaufzeit der neu aufgenommen Kredite in Abhängigkeit von der Zinsentwicklung und dem weiteren Konjunkturverlauf wieder schrittweise zu verkürzen. Hierdurch und durch die weiter steigenden Gesamtschulden wird das Tilgungsvolumen ab dem Jahre 2003 wieder deutlich zunehmen.

Im einzelnen entwickeln sich die Tilgungen wie folgt:

Haushaltsjahr		Tilgungen (Kreditmarkt)
		- in Mio. Euro -
Soll	2001	1.693,9
Entwurf	2002	1.823,8
Planung	2003	2.676,3
Planung	2004	2.719,8
Planung	2005	2.683,7

4. Zuwendungen für nichtinvestive Zwecke (ohne Leistungen in den Länderfinanzausgleich)

Für die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse des Landes an andere öffentliche Haushalte, an Private und sonstige Empfänger ist folgende Gesamtentwicklung angenommen worden:

		<u>Mio. €</u>	<u>Zuwachs in v.H.</u>
Haushalt	2001	2.762,5	10,7
Haushaltsentwurf	2002	2.734,3	-1,0
Planung	2003	2.785,0	1,9
Planung	2004	2.891,5	3,8
Planung	2005	2.945,3	1,9

Der weit überwiegende Teil der Zuwendungen für nichtinvestive Zwecke sind laufende Ausgaben an die Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes (Schlüsselzuweisungen, Sozialhilfe, Wohngeld und dgl.).

Im Planungszeitraum ist für die nichtinvestiven Zuwendungen an die Gemeinden folgende Entwicklung vorgesehen:

		<u>Mio. €</u>	<u>Zuwachs in v. H.</u>
Haushalt	2001	1.773,6	1,8
Haushaltsentwurf	2002	1.756,5	-1,0
Planung	2003	1.816,6	3,4
Planung	2004	1.903,0	4,8
Planung	2005	1.956,4	2,8

Auch bei den übrigen nichtinvestiven Zuwendungen sind die Ausgaben zu einem großen Teil gesetzlich oder faktisch gebunden (z.B. Ausbildungsförderung, Zuweisungen an die Universitätskliniken, Zuschüsse an private Schulen, Finanzierungsanteile für Forschung, Leistungen an die Kirchen und die Landwirtschaftskammer, Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz). Im Haushalt 2001 wurden erstmalig die Zuschüsse an die Haushalte der Hochschulen gem. § 21 Hochschulgesetz auf jeweils einen Zuschusstitel der Hauptgruppe 6 (nichtinvestive Zuwendungen) und der Hauptgruppe 8 (investive Zuwendungen) veranschlagt.

Es sind folgende Beträge eingeplant:

		<u>Mio. €</u>	<u>Zuwachs in v.H.</u>
Haushalt	2001	988,9	31,4
Haushaltsentwurf	2002	977,8	-1,1
Planung	2003	968,4	-1,0
Planung	2004	988,5	2,1
Planung	2005	988,9	0,04

5. Ausgaben für eigene Investitionen des Landes und Investitionsförderungsmaßnahmen

Der Finanzplan weist ein Investitionsvolumen von 3,7 Mrd. € aus. Im einzelnen ist folgende Entwicklung vorgesehen:

	Haushalt 2001	Haushalts- entwurf 2002	Planung 2003 - Mio. € -	Planung 2004	Planung 2005
1) Hochbaumaßnahmen	88,7	87,6	96,4	79,5	70,5
2) Tiefbaumaßnahmen	58,9	53,1	54,1	53,1	52,2
3) Ausrüstungsinvestitionen	55,6	49,6	59,3	48,3	44,9
4) Erwerb von unbeweglichen Sachen und Beteiligungen	3,4	2,6	5,1	3,0	3,0
5) Summe (2 bis 4) = Sachinv. des Landes	117,9	105,3	118,5	104,4	100,1
6) Investitionsförderung					
- der Kommunen	326,1	342,3	351,8	354,1	361,8
- der Wirtschaft	243,6	167,0	161,9	157,9	144,7
- sonstige Investitionsförder- ung	4,3	18,5	18,5	18,6	18,6
7) Summe (1,5,6) = Gesamte Inv. des Landes	780,6	720,7	747,1	714,5	695,7

Ergänzend kommen die Investitionen von Stiftungen (Energienstiftung, Technologiestiftung) hinzu, die weitgehend aus Eigenmitteln finanziert werden, zu denen das Land durch Aufstockung der Stiftungsvermögen beigetragen hat. Erhebliche Investitionsmittel fließen auch aus Sondervermögen, z. B. für den Wohnungsbau. Im Rahmen des Liegenschaftsmodells stellt die Investitionsbank bis 2003 für die erste Tranche (97) der übertragenen Liegenschaften 18,8 Mio. € zum Abbau eines Instandhaltungsstaus zur Verfügung. Die GMSH wird ab 2001 jährlich bis zu 10 Mio € Instandhaltungsausgaben bereitstellen. Auch hierdurch werden die unmittelbaren investiven Ausgaben des Landes indirekt verstärkt.

Die Investitionsquote (Anteil der Investitionen an den Nettoausgaben) wird von 10,1 % in 2001 auf 8,6 % in 2005 zurückgehen. Dies ist auch auf die Übertragung der Grundstücke des Landes auf die Investitionsbank und der damit verbundenen Finanzierung von Neubauvorhaben und kleinen Baumaßnahmen im Rahmen der Mietzahlungen zurückzuführen, wird aber außerhalb des Haushalts teilweise wieder kompensiert.

V. Kommunalen Finanzausgleich
und Steuereinnahmen der Kommunen

1. Kommunalen Finanzausgleich

Der kommunale Finanzausgleich ist berechnet auf der Grundlage der eingeplanten Steuereinnahmen (vgl. III. 1).

Die Finanzausgleichsmasse 2002 enthält die restliche Abrechnung für das Jahr 2000 in Höhe von 11,8 Mio. € und berücksichtigt darüber hinaus folgende Kürzungen bzw. Zuführungen zur Finanzausgleichsmasse:

- Pauschale Kürzung der Finanzausgleichsmasse	- 38,34 Mio €
- Zuführung aus dem Kommunalen Investitionsfonds	+ 7,67 Mio €
- Zuweisungen zur Förderung des Büchereiwesens	+ 5,89 Mio €
- Zuweisungen zur Förderung der Musikschulen	- 0,19 Mio €
- Pauschalierte Mietkosten der Frauenhäuser (Landesanteil)	<u>+ 0,20 Mio €</u>
Summe	- 24,77 Mio €

Danach stellt das Land den Gemeinden und Gemeindeverbänden in den Jahren 2001 bis 2005 folgende Beträge zur Verfügung:

	- Mio € -		- Mio € -	Steigerung in	- v.H. -
2001	1.062,3	+	46,2	+	4,6
2002	1.077,0	+	14,7	+	1,4
2003	1.096,2	+	19,2	+	1,8
2004	1.157,2	+	61,0	+	5,6
2005	1.207,6	+	50,4	+	4,4

Daneben werden die Gemeinden entsprechend ihrem Anteil am Aufkommen der Einkommensteuer mit 26 v.H. an den zusätzlichen Umsatzsteuereinnahmen beteiligt, die das Land im Zusammenhang mit der 1996 erfolgten Neuregelung des Familienleistungsausgleichs (6,40 Umsatzsteuerpunkte) erhält, und zwar

2001 (einschl. Abrechnung 1999)	65,8 Mio €
2002 (einschl. Abrechnung 2000)	79,1 Mio €
2003	80,2 Mio €
2004	81,0 Mio €
2005	83,9 Mio €

Die Finanzausgleichsmasse und ihre Entwicklung im Planungszeitraum ist in der **Anlage 6** dargestellt.

2. Steuereinnahmen der Kommunen

Auf der Grundlage des regionalisierten Ergebnisses der Steuerschätzung vom Mai 2001 einschließlich der finanziellen Auswirkungen des Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zur Familienförderung (Anhebung des Kindergeldes für das erste und zweite Kind um je 30 DM monatlich), der Senkung der Annuitäten für den Fonds „Deutsche Einheit“ sowie der Steuermehreinnahmen auf Grund der vorgesehenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges können die Gemeinden und Kreise in den kommenden Jahren mit folgenden Steuereinnahmen rechnen (ohne kommunale Bagatellsteuern):

	2001	2002	2003	2004	2005
	- Mio € -				
Grundsteuer A	17	17	17	17	17
Grundsteuer B	264	271	278	285	292
Gewerbsteuer	673	743	788	827	881
Gemeindeanteil an der LSt und ESt	708	757	795	856	852
Gemeindeanteil am Zinsabschlag	28	29	29	30	30
Gemeindeanteil an der Ust	75	77	79	82	84
Gewerbsteuerumlage (100 %)	- 109	- 146	- 182	- 199	- 210
Erhöhte Gewerbsteuerumlage	- 75	- 83	- 87	- 93	- 99
Zwischensumme 1	1.581	1.665	1.717	1.805	1.847
Finanzielle Auswirkungen des Zweiten Gesetzes zur Familienförderung (Entwurf)	-	- 14	- 15	- 14	- 15
Umsatzsteuermehreinnahmen (Bekämpfung des USt-Betruges)	-	1	1	1	1
Zwischensumme 2	1.581	1.652	1.703	1.792	1.833
Familienleistungsausgleich	66	70	71	72	75
Zweites Gesetz zur Familienförderung (Lastenverhältnis 74 : 26)	-	9	9	9	9
Summe	1.647	1.731	1.783	1.873	1.917
Zuwachs					
- in Mio €		+ 84	+ 52	+ 90	+ 44
- in v.H.		+ 5,0	+ 3,0	+ 5,1	+ 2,4

VI. Schwerpunkte überwiegend wachstums- und beschäftigungsfördernder Maßnahmen

1. „ziel: Zukunft im eigenen Lande“

Das Programm „ziel“ steht auf drei Säulen:

1.1 „Regionalprogramm 2000“

Das Regionalprogramm 2000 soll an die Erfolge des auf Ende 1999 befristeten „Regionalprogramm für die strukturschwachen ländlichen Räume“ anknüpfen und in einer Partnerschaft mit den Regionen, den Wirtschafts- und Sozialpartnern und anderen Akteuren neue Impulse für die Entwicklung der strukturschwachen Regionen und damit des ganzen Landes auslösen. Das Regionalprogramm 2000 bildet ein gemeinsames Dach für die Ziel 2 - Förderung der Europäischen Union (EU) - aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), die Phasing-Out-Förderung der Europäischen Union aus dem EFRE für das bisherige Ziel 5 b-Fördergebiet, die Infrastrukturförderung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) sowie eine ergänzende Landesförderung.

Das Fördergebiet entspricht der Gebietskulisse der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und umfasst die Kreise Schleswig-Flensburg, Nordfriesland, Dithmarschen, Rendsburg-Eckernförde, Plön und Ostholstein, die Städte Flensburg, Kiel, Neumünster und Lübeck sowie die Insel Helgoland (Kreis Pinneberg) und die Gemeinde Büttel (Kreis Steinburg), verteilt auf die Förderregionen Flensburg/Schleswig, Westküste, K.E.R.N.-Region und Lübeck/Ostholstein.

Das vorrangige Ziel des Regionalprogramms 2000, die Unterstützung des Strukturwandels zur Schaffung zusätzlicher hochwertiger Arbeitsplätze, soll durch den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur durch Maßnahmen zur Stärkung des technologischen Potentials und der Innovationskraft der Unternehmen, durch Maßnahmen zur Unterstützung von Existenzgründungen und durch die Verbesserung der allgemeinen Standortbedingungen, insbesondere auch durch Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und durch Förderung von Projekten der Informationsgesellschaft, erreicht werden. Dabei sollen die Ziele eines nachhaltigen Wirtschaftens ebenso Berücksichtigung finden wie das Ziel einer Verbesserung der Chancengleichheit von Männern und Frauen in der Erwerbstätigkeit. Zum Förderspektrum gehört auch die

Förderung produktiver Investitionen insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen (betriebliche Förderung) im Ziel 2-Fördergebiet durch EFRE-Mittel. Das Programm erstreckt sich auf den Zeitraum 2000-2006 analog zu der Strukturfondsförderung der Europäischen Union.

Die Auswahl der zu fördernden Projekte wird auf der Grundlage der von den Regionen aufgestellten Prioritätenlisten im Rahmen eines Qualitätswettbewerbes vorgenommen. Fördervorrang haben „regionale Leitprojekte“. Die Projekt werden primär nach ihrem Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung bewertet.

In den Jahren 2001-2005 werden vorrangig zur Kofinanzierung der EU-Strukturfondsmittel des EFRE nach dem Ziel 2 und der Phasing-Out-Förderung für das ehemalige Ziel 5 b-Fördergebiet zunächst 29,1 Mio. € zur Verfügung gestellt, und zwar

	<u>Mio. €</u>
2001	9,2
2002	4,1
2003	4,7
2004	4,9
2005	6,2

Von der EU werden im Berichtszeitraum Einnahmen in Höhe von 184,9 Mio € erwartet.

1.2 „Programm Zukunft auf dem Land“

„Zukunft auf dem Land - ZAL“ ist das schleswig-holsteinische Programm im Rahmen der zweiten Säule der europäischen Agrarpolitik. Es zielt darauf ab, die endogenen Entwicklungspotenziale der ländlichen Räume zu fördern und zu entwickeln.

Die Schwerpunktbereiche des von der EU-Kommission genehmigten Programms sind:

- Unterstützung der selbstbestimmten Entwicklung ländlicher Räume (z.B. im Rahmen Ländlicher Struktur- und Entwicklungsanalysen - LSE),
- Innovative, möglichst privatwirtschaftlich orientierte Projekte zur Sicherung und Verbesserung der Grundversorgung und des Dienstleistungsangebotes, Nutzung neuer informationstechnischer Möglichkeiten im ländlichen Raum.
- Schaffung neuer Arbeitsplätze im ländlichen Raum, insbesondere für Frauen.
- Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe in landwirtschaftsnahe und außerlandwirtschaftliche Geschäftsfelder,

- Sicherung einer nachhaltigen und standortgerechten Landbewirtschaftung, Förderung des ökologischen Landbaus,
- Förderung von Investitionen in der Land- und Ernährungswirtschaft,
- Sicherung des Naturhaushaltes und Erhaltung einer vielfältigen Landschaft.

1.3 „ASH 2000“

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat höchste Priorität für die Landesregierung. Deshalb wird die aktive Arbeitsmarktpolitik fortgesetzt.

Durch das Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ (ASH I) (Laufzeit 1. April 1989 bis 31. Dezember 1991) sind mit rd. 222 Mio DM einschließlich der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) 31.400 Förderfälle erreicht worden. Das Programm ASH II schloss sich nahtlos an und lief bis zum 31. Dezember 1994. Mit diesem Programm wurden 24.500 Förderfälle mit einem Gesamtvolumen von 127 Mio DM einschließlich ESF und Mittel aus der Ausgleichsabgabe für das Schwerbehindertenprogramm erreicht. Das Programm ASH III schloss sich wiederum an ASH II nahtlos ab 1. Januar 1995 an und lief wegen der längeren Planungszeiträume bei der Europäischen Union bis zum 31. Dezember 1999 mit zwei sich anschließenden Auslaufjahren. Am Ende werden mit voraussichtlich 307 Mio DM Landes-, Ausgleichsabgabe- und ESF-Mitteln rd. 50.400 Förderfälle erreicht werden.

Seit dem 1. Januar 2000 hat sich EU-konform bis zum 31. Dezember 2006 im Rahmen des Programmes „Zukunftsinitiative Ziel“ als eine der drei Säulen „ASH 2000“ angeschlossen.

An Landesmitteln sind für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im mittelfristigen Zeitraum veranschlagt:

		<u>Mio €</u>
Haushalt	2001	16,4
Haushaltsentwurf	2002	14,1
Planung	2003	16,3
Planung	2004	17,8
Planung	2005	16,2

Diese Mittel sollen durch Mittel der Ausgleichsabgabe von jährlich rd. 2 Mio € für das Schwerbehindertenprogramm und durch Mittel des Europäischen Sozialfonds ergänzt werden, so daß sich die Haushaltsmittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit noch

erhöhen. Die Anteile des ESF haben sich gegenüber früheren Jahren erheblich erhöht, weil das Land alle nur denkbaren Möglichkeiten der Kofinanzierung des Arbeitsmarktprogramms der Landesregierung durch den ESF gesichert hat. Zu den Landesmitteln kommen jährlich rd. 20,0 Mio. € ESF-Mittel aus den neuen Zielen 2 und 3 hinzu. Wegen der neu in der EU geltenden Beschäftigungspolitik müssen die Förderkonditionen noch mehr als bisher auf die Voraussetzungen der Förderung durch die Europäische Union abgestellt werden. Im Ansatz für das Jahr 2001 sind auch Mittel für das Arbeitsmarktprogramm ASH III enthalten, das bis 1999 lief (Ausfinanzierung).

2. Förderung der Bildung

Schulbereich

Die Landesregierung hat beschlossen, im Zeitraum 2000 bis 2005 insgesamt 1200 neue Lehrerstellen zur Qualitätssicherung für die Schulen zu schaffen. Zur Sicherung der Unterrichtsversorgung werden im Jahre 2002 wie geplant 200 neue Lehrerstellen eingerichtet. Außerdem sind im Haushaltsentwurf 2002 weitere 100 neue Stellen für Lehramtsanwärter/Studienreferendare vorgesehen, um frühzeitig einem erkennbaren späteren Mangel an Nachwuchskräften zu begegnen. Zur weiteren Verbesserung der Unterrichtsversorgung und zur Finanzierung des Einstiegs in das Ganztagsangebot an Schulen soll die geplante Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung von Gymnasial-, Gesamtschul-, und Berufsschullehrern genutzt werden. Neben der Verbesserung der Unterrichtssituation können so für den Einstieg in das Ganztagsangebot Landesmittel im Gegenwert von insgesamt 45 Lehrerstellen bereitgestellt werden. Insgesamt verbessert sich im Schuljahr 2002/2003 die Unterrichtsversorgung im Gegenwert von 200 neuen Stellen sowie 117 Stellen durch die Mehrarbeit um eine halbe Stunde.

Das Lehrpersonalkostenbudget entwickelt sich wie folgt:

Ausgabevolumen Haushaltsentwurf 2002:	1.033.169,7 T€
MFP 2003:	1.056.231 T€
MFP 2004:	1.084.866 T€
MFP 2005:	1.109.355 T€

Der Haushaltsentwurf 2002 und die Finanzplanung beinhaltet ferner die Schließung von Abendschulen. Die hierdurch in einem mehrjährigen Prozess freiwerdenden Stellen sollen abgebaut werden.

Bei der Förderung der Privatschulen werden die zugrundeliegenden Vergleichswerte für Schülerinnen und Schüler öffentlicher Schulen weiter eingefroren, Verbesserungen der

Förderquoten für Schulen Geistigbehinderter ausgesetzt und die Absenkung des Anteils der Förderschulsätze bei der Berechnungen der Zuschüsse an die Freien Waldorfschulen stufenweise fortgeführt.

Hochschulen:

Mit den Hochschulen sollen Zielvereinbarungen für die Jahre 2002 bis 2005 abgeschlossen werden. Die Hochschulen erhalten damit ein höheres Maß an Planungssicherheit. Die für die Hochschulen vorgesehenen Ansätze beinhalten auf der Basis der für das Jahr 2002 veranschlagten, gegenüber dem Haushalt 2001 um 5.252,5 T€ gesteigerten Budgets, in der Laufzeit der Zielvereinbarungen die Übernahme der hälftigen Tarifmehrkosten. Das Gesamtbudget aller Hochschulen einschließlich der allgemeinen Bewilligungen für die Hochschulen in Kapitel 0720 entwickelt sich wie folgt:

Zuschuss Haushaltsentwurf 2002:	241.730,9 T€
Zuschuss in MFP 2003:	244.248 T€
Zuschuss in MFP 2004:	246.395 T€
Zuschuss in MFP 2005:	248.317 T€

3. Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (Kap. 0603)

Es sind vorgesehen:

- verstärkte Förderung für den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur im Rahmen des "Regionalprogramm 2000"
- Förderung der gewerblichen Wirtschaft bei Errichtung, Erweiterung, Umstellung oder grundlegender Rationalisierung von Gewerbebetrieben mit dem Schwerpunkt der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Ab 2001 sind folgende Beträge vorgesehen (Bundes- und Landesmittel jeweils 50 v.H.):

2001	=	30,99 Mio. €
2002	=	28,78 Mio. €
2003	=	28,78 Mio. €
2004	=	28,78 Mio. €
2005	=	28,78 Mio. €

Eine Verstärkung/Vernetzung mit dem EU-Strukturfonds "EFRE Ziel 2" ist vorgesehen.

4. Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (Kap. 0803)

Der Rahmenplan 2001 für die Gemeinschaftsaufgabe weist Ausgaben in Höhe von 75,3 Mio € aus. Aufgrund der beschlossenen Einsparungen sind für die Jahre 2002 – 2005 folgende Mittel vorgesehen:

2002	=	47,6 Mio. €
2003	=	49,1 Mio. €
2004	=	49,2 Mio. €
2005	=	49,2 Mio. €

4.1 Verbesserung der Agrarstruktur

Für diesen Teil der Gemeinschaftsaufgabe beträgt das Programmvolumen im Planungszeitraum 122,9 Mio. €.

4.2 Verbesserung des Küstenschutzes

Für den finanziellen Schwerpunkt Küstenschutzmaßnahmen sind im Planungszeitraum 147,5 Mio € für die Durchführung der Programme vorgesehen. Von dem Gesamtbetrag entfallen rd. 60 v.H. auf investive Maßnahmen im unmittelbaren Deichbereich. Die übrigen Mittel werden zur Sicherung des Vorlandes vor den Deichen eingesetzt, die als Ergänzung zu den Deichbaumaßnahmen unbedingt notwendig sind.

5. Errichtung eines Landesdatennetzes Schleswig-Holstein

In den Haushaltsjahren 2001 bis 2005 werden für den Aufbau, den Betrieb und die Administration eines integrierten Sprach- und Datennetzes des Landes Schleswig-Holstein rd. 39,1 Mio € bereitgestellt. Darüber hinaus werden in den Jahren 2001 bis 2005 für die Telefonanlagen, deren Betrieb und die Telefongebühren weitere 80,7 Mio € veranschlagt.

Das Landesdatennetz bildet die Grundlage für eine universelle Kommunikationsinfrastruktur und schafft die Voraussetzungen zur flächendeckenden Einführung einer einheitlichen Informationstechnologie. Ziel ist es, alle Landesbehörden an diese flächendeckende multimediataugliche Vernetzung anzuschließen.

In das integrierte Sprach- und Datennetz werden auch die Telefonanlagen der Dienststellen des Landes eingebunden. Auf der Grundlage von Verträgen zwischen dem Land und der Deutschen Telekom AG hat das Land seine großen und mittleren Telefonanlagen an die Telekom zum Restwert verkauft. Im Haushaltsjahr 2000 wurden die Anlagen erneuert bzw. auf den neuesten technischen Stand aufgerüstet. Hierfür und für den Betrieb der Anlagen wird eine Miete gezahlt.

Die anfallenden Telefongesprächsgebühren werden über einen speziellen Vertrag abgerechnet.

6. Einzelne wirtschaftspolitische Maßnahmen (außerhalb der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur")

Die gewerbliche Wirtschaft Schleswig-Holsteins ist in überdurchschnittlichem Maße mittelständisch strukturiert. Die angespannte Haushaltslage sowie der wachsende Standortwettbewerb unter den Wirtschaftsregionen Europas erfordern eine Steigerung der Effizienz der Wirtschaftsförderung und den Abbau von Subventionen. Dieses Ziel soll schwerpunktmäßig durch eine Rückführung der direkten einzelbetrieblichen Förderung zugunsten eines Ausbaus der wirtschaftsnahen Infrastrukturförderung erreicht werden. Dabei kommt der Technologie-Infrastruktur eine verstärkte Bedeutung zu.

6.1 Wettbewerbshilfen für schleswig-holsteinische Werften

Zum Ausgleich der durch die Subventionspraxis anderer Staaten hervorgerufenen Wettbewerbsverzerrungen wurden deutschen Werften bis Ende 2000 für den Bau technologisch hochwertiger Schiffe im Rahmen von Bund-/Länderprogrammen Wettbewerbshilfen gewährt. Insgesamt sind für den Planungszeitraum Landesmittel in Höhe von 73,1 Mio. € vorgesehen, die zur Abwicklung der bis zum 31.12.2000 eingegangenen Verpflichtungen dienen.

6.2 Berufliche Aufstiegsfortbildung

Das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) gewährt Fachkräften, die sich nach einer abgeschlossenen beruflichen Erstausbildung auf eine herausgehobene Berufstätigkeit vorbereiten, einen gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung.

Für Schuldendiensthilfen und Zuwendungen sind insgesamt 13,7 Mio. € eingeplant. Davon werden vom Bund 9,7 Mio. € erstattet.

6.3 Aus- und Weiterbildung

Die Ausbildung des Nachwuchses und die Weiterbildung der Beschäftigten sind wichtige Standortvorteile. Schwerpunktmäßig sind Mittel für die Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung, die träger- und einrichtungsübergreifenden Weiterbildungsaufgaben (Weiterbildungsinfrastruktur), die Förderung der Ausbildungsbereitschaft im dualen System und benachteiligter Jugendlicher sowie für die Investitionsförderung von Berufsbildungsstätten vorgesehen.

Im Berichtszeitraum sind insgesamt 19,0 Mio. € eingeplant.

Die Förderung erfolgt ab dem Jahr 2000 teilweise im Rahmen des Programms "ASH 2000".

6.4 Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH

Gesellschafter der Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH (WSH) sind zu 51 % das Land Schleswig-Holstein und zu 49 % die drei Industrie- und Handelskammern in Flensburg, Kiel und Lübeck. Aufgrund des besonders großen Landesinteresses wird die WSH finanziell zu 95 % vom Land Schleswig-Holstein getragen. Zum Aufgabengebiet gehören neben der Akquisition von Unternehmensansiedlungen insbesondere auch die Organisation und Durchführung von Firmengemeinschaftsständen auf internationalen Messen und Ausstellungen, die Durchführung von Außenwirtschaftsveranstaltungen sowie die Betreuung von ausländischen Wirtschaftsdelegationen. Für den Planungszeitraum sind Landesmittel in Höhe von 9,8 Mio. € vorgesehen.

6.5 Außenwirtschaftsförderung

Für die Jahre 2001 bis 2005 sind für Zuschüsse zur Erschließung von Auslandsmärkten insgesamt rd. 1,9 Mio. € eingeplant.

6.6 Verbesserung der Innovationskraft der Wirtschaft

Die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit erfordert einen ständigen Innovationsprozess in der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Dazu bedarf es insbesondere einer stärker auf die Bedürfnisse der kleinen und mittleren Unternehmen ausgerichteten Arbeit der Forschungseinrichtungen und einer beschleunigten Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in marktfähige Produkte, Verfahren und Dienstleistungen.

Weiterhin zwingt der zunehmende weltweite Wettbewerbsdruck die Unternehmen dazu, ständig neues wissenschaftlich-technisches Wissen zu gewinnen und in immer kürzerer Zeit in innovative Produkte, Verfahren und Dienstleistungen umzusetzen. Das ist jedoch mit erheblichen technischen und damit auch finanziellen Risiken verbunden. Viele kleine und mittlere Unternehmen können diese kostenintensive Forschung und Entwicklung gar nicht oder nur zeitverzögert finanzieren. Daher ist in Einzelfällen die Gewährung öffentlicher Zuschüsse geboten.

Für die Förderung von Forschung, Entwicklung, Innovation und Technologietransfer stehen im Planungszeitraum insgesamt 38,3 Mio. € zur Verfügung.

6.7 Informationswirtschaft und Multimedia

Die Anwendung multimedialer Techniken ist insbesondere bei den kleineren und mittleren Unternehmen noch nicht hinreichend eingeführt und verbreitet. Ein Ziel der Förderung ist es daher, den Nutzen der neuen Medien pilothaft zu demonstrieren, ihre breitere Anwendung zu unterstützen und die Wettbewerbsfähigkeit der KMU zu verbessern, z. B. durch die Förderung virtueller Unternehmen.

Der Verbreitung des elektronischen Geschäftsverkehrs in KMU dient das Förderprogramm "Electronic Business".

Eingeplant sind für 2001 bis 2005 insgesamt 4,0 Mio. €

6.8 Wagniskapitalprogramm

Das Programm zur Übernahme von Wagniskapitalbeteiligungen und zur Gewährung von Beratungskostenzuschüssen für Beteiligungsnehmerinnen und Beteiligungsnehmer wird seit 1997 aus dem Landeshaushalt finanziert. Er soll in der bisherigen Form Ende 2001 auslaufen, so dass im Planungszeitraum nur noch 2,2 Mio. € veranschlagt sind.

Das Wagniskapitalprogramm wird ab 2002 von der Investitionsbank durchgeführt.

6.9 Existenzgründerinnenprogramm

Die Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen und der Anpassungsdruck aus einem wirtschaftlich-technischen Strukturwandel, der globalen Einflüssen unterliegt, hat weitreichende negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Zahl der Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein. Vor diesem Hintergrund ist gerade das Nachwachsen junger Unternehmen, also die Gründung neuer selbständiger Existenzen,

eine wichtige Voraussetzung für die Modernisierung und Weiterentwicklung der Volkswirtschaft.

Um den besonderen Anforderungen von Existenzgründerinnen gerecht zu werden, sind im Planungszeitraum zur Abfederung von Ausfallrisiken aus Darlehenszusagen der Investitionsbank Schleswig-Holstein und für Verwaltungskosten Mittel von rd. 1,4 Mio. € eingeplant. Für 2002 kann die Investitionsbank damit ein Darlehensvolumen von bis zu 1,8 Mio. € auslegen.

Das Programm wird mit bestehenden Bundesprogrammen und Programmen der Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie der Deutschen Ausgleichsbank verzahnt.

7. Verkehrsbereich

7.1 Landesstraßen- und -radwegebau

Für den Landesstraßenbau (einschließlich Deckenerneuerung) sind in den Jahren 2001 bis 2005 insgesamt rd. 127 Mio. € veranschlagt bzw. eingeplant, und zwar

rd. 41 Mio. €	für die Deckenerneuerung,
rd. 86 Mio. €	für den Um- und Ausbau einschließlich Grunderwerb.

Die Mittel für Planung und Bauvorbereitung dienen u.a. zur Bindung von Bundesmitteln und sind in Höhe von 72,7 Mio. € eingeplant.

Im Rahmen der gemeinsamen Unterhaltung von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen sind für kleinere Investitionsmaßnahmen sowie für den Erwerb von Dienstfahrzeugen, Maschinen und Geräten für den Finanzplanungszeitraum insgesamt rd. 17,7 Mio. € und beim Direktaufwand für Landes- und Kreisstraßen rd. 8,6 Mio. € vorgesehen.

7.2 Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) für ÖPNV und kommunalen Straßenbau

Für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen aus dem Mineralölsteueraufkommen. Grundlage ist das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz - GVFG -.

Für den Planungszeitraum sind rd. 217 Mio. € vorgesehen.

7.3 Öffentlicher Personennahverkehr

Nach Art. 106a Grundgesetz i.V.m. § 5 Regionalisierungsgesetz steht den Ländern ab 1. Januar 1996 ein Betrag für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) aus dem Mineralölsteueraufkommen des Bundes zu.

Entsprechende Bundeszuweisungen sind in Höhe von 1.014,8 Mio. € eingeplant.

Die Einnahmen werden in erster Linie für den Schienenpersonennahverkehr benötigt. Die übrige Verwendung der Regionalisierungsmittel wird durch § 6 des ÖPNV-Gesetzes bestimmt. U.a. erhalten die kommunalen Aufgabenträger jeweils eine jährliche Pauschale in Höhe von rd. 77 T€ Ein Teil wird für länderverbindende Verkehrsleistungen im Hamburger Verkehrsraum eingesetzt sowie für Nahverkehrsleistungen der Eisenbahn - AG AKN und der Verkehrsgesellschaft Norderstedt, im übrigen für Förderungen von ÖPNV-Investitionen, vorrangig von solchen Maßnahmen, die GVFG-förderfähig sind. Daneben werden aus diesen Einnahmen auch Zuschüsse zur Verbesserung des ÖPNV in Verbindung mit Schnittstellen des SPNV gewährt, insbesondere für

- die Kooperation von Verkehrsunternehmen zur Verbesserung des ÖPNV durch Verkehrs- und Tarifgemeinschaften, auch im Umland von Großstädten,
- die Einrichtung neuer sowie die Erweiterung oder Verdichtung bestehender Linien,
- Modellvorhaben zur Erprobung alternativer Bedienungskonzepte.

7.4 Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen

Das Land ist verpflichtet, bei Änderungen an Kreuzungen und Schienenwegen, die nicht Eisenbahnen des Bundes sind, ein Kostendrittel zu übernehmen. Für den Planungszeitraum ist für den Güterverkehrsbereich ein Betrag von 1,1 Mio. € vorgesehen. Mittel für den SPNV-Bereich werden im Rahmen der Regionalisierung zur Verfügung gestellt.

7.5 Landeseigene Häfen

Für Baumaßnahmen in landeseigenen Häfen sowie für den Erwerb von Fahrzeugen und Geräten sind für den Planungszeitraum rd. 15,6 Mio. € vorgesehen. Davon entfallen auf Instandsetzungsarbeiten am Sperrwerk Husum 1,8 Mio. €, auf die Sanierung der Spundwände und der Oberflächenentwässerung im Hafen Tönning 0,9 Mio. € sowie auf die Grundinstandsetzungen der Ufermauern und Kaianlagen im Außenhafen Glückstadt 5,1 Mio. €.

8. Innere Sicherheit und Justiz

8.1 Polizei

Für die innere Sicherheit werden von 2001 bis 2005 für Personal, sächliche Verwaltungsausgaben und Investitionen (ohne Baumaßnahmen) im Bereich der Polizei rd. 1,7 Mrd. € ausgegeben werden. Hiervon entfallen auf Personalausgaben rd. 1,4 Mrd. €. Für Ersatzbeschaffung und Ergänzung der Ausrüstung sind im Planungszeitraum rd. 40,7 Mio €, davon für Schutzwesten rd. 2,9 Mio €, vorgesehen. Für die Beschaffung neuer Polizeidienstfahrzeuge (Leasing und Kauf) sind Ausgaben in Höhe von zusammen rd. 17,7 Mio. € vorgesehen. 185 Nachwuchskräfte sollen 2002 in den Polizeidienst eingestellt werden. Ein wesentlicher Schwerpunkt ist auch weiterhin die Modernisierung der Polizei mit der landesweiten Einführung der IT-Projekte „Compas“ (computergestütztes polizeiliches Arbeitsplatzsystem) und „INPOL-neu“.

8.2 Justiz

Die Modernisierung der Justiz wird fortgesetzt. Die Arbeitsabläufe der schleswig-holsteinischen Justiz werden durch IT-Technik rationeller gestaltet:

- MEGA

Mit Abschluss des Jahres 2001 sind die Bereiche "Flächendeckende Reorganisation" und "IT-Vollausstattung" in allen Amtsgerichten des Landes (mit Ausnahme des Amtsgerichts Geesthacht) eingeführt worden. In den Haushaltsjahren 2002 - 2005 werden überwiegend Haushaltsmittel für Ersatzbeschaffungsmaßnahmen veranschlagt. Im Jahr 2002 sind für Investitionen und laufende Sachausgaben insgesamt rd. 1,4 Mio. € veranschlagt. Im Finanzplanungszeitraum sind insgesamt rd. 11,1 Mio. € eingeplant.

- MESTA

Nach den Erstinvestitionen sind in den Jahren 2002 und 2003 Ersatzbeschaffungsmaßnahmen für alle Staatsanwaltschaften geplant. Die Investitionskosten sowie die laufenden Sachausgaben ergeben ein Volumen in Höhe von 657 T€ im Jahr 2002. Im Finanzplanungszeitraum stehen insgesamt rd. 5 Mio. € zur Verfügung.

- Grundbuchautomation

In den Grundbuchämtern des Landes soll ein elektronisches Grundbuch eingeführt werden. Es ist vorgesehen, die Grundbuchautomation in den Jahren 2000 bis 2006 vorzunehmen. In 2002 sind für die Grundbuchautomation rd. 1,3 Mio. € vorgesehen.

Innerhalb des Planungszeitraumes sind investive und laufende Ausgaben in Höhe von insgesamt rd. 8 Mio. € für die Grundbuchautomation in fünf Amtsgerichten geplant.

- Automation Mahnverfahren

Im Jahr 2002 ist die Einführung einer IT-Teilautomationslösung zur Durchführung eines automatisierten Mahnverfahrens geplant. Investitionen und laufende Sachausgaben sind im Finanzplanungszeitraum mit einem Gesamtvolumen von rd. 1,7 Mio. € veranschlagt.

– Modernisierung des Justizvollzuges durch Erweiterung des Landesbetriebes
"Vollzugliches Arbeitswesen"

Im Rahmen der Bemühungen zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung und zur Erhaltung und Weiterentwicklung des Gesamtwertes des vollzuglichen Arbeitswesens im Resozialisierungsprozess ist seit dem Jahr 2000 die Arbeitsverwaltung der Justizvollzugsanstalt Kiel in der Rechtsform eines Landesbetriebes nach § 26 LHO organisiert. Im Jahr 2001 wurde dieser Landesbetrieb auf die Arbeitsverwaltungen der Justizvollzugsanstalten Neumünster und Lübeck ausgedehnt.

Durch die Herausnahme aus der kameralistischen Haushaltsführung und der Organisation der Arbeitsbetriebe nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten sollen die Beschäftigung der Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten erhöht, die Betriebskosten gesenkt und die Einnahmen aus den Arbeitsbetrieben gesteigert werden.

Gemäß § 26 LHO wird jährlich ein Wirtschaftsplan aufgestellt und dem Haushaltsplan als Anlage beigefügt. Im Haushaltsplan ist der Landesbetrieb nur noch netto mit seinen Zuführungen und Ablieferungen veranschlagt. Im Planungszeitraum ist bereits aufgrund der erwarteten verbesserten Wirtschaftlichkeit eine Verbesserung des Zuschussbedarfes vorgesehen.

9. Agrarhaushalt

– Zur Stärkung der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Beratungsringe sollen insgesamt 5,7 Mio € bereitgestellt werden, um damit indirekt die wirtschaftliche Situation der von den Ringen betreuten Betriebe zu verbessern.

– Für die Förderung der Seefischerei und ihrer Vermarktungseinrichtungen, der Binnenfischerei, der Aquakultur sowie der Umstrukturierung des Fischereisektors sind im Planungszeitraum 5 Mio € vorgesehen.

Darüber hinaus werden Zuwendungen der EU für Strukturmaßnahmen im Bereich der

Fischerei und Aquakultur in Höhe von insgesamt 19,8 Mio € erwartet.

- Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Fremdenverkehrswirtschaft vor allem durch Werbemaßnahmen Dritter sind insgesamt 13,7 Mio € eingeplant.

10. Umwelt, Natur und Forsten

- Die für die Einleitung von Abwasser in ein Gewässer erhobenen Abgaben sind zweckgebunden zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte zu verwenden. Im Planungszeitraum werden Einnahmen in Höhe von 74,0 Mio. € erwartet. Für die Abwasserbeseitigung werden darüber hinaus Mittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ bereitgestellt.
- Für Erhaltung und Ergänzung des staatlichen Waldbesitzes stehen insgesamt rd. 11,1 Mio € zur Verfügung.
- Für Ausgaben im Zusammenhang mit waldbaulichen Fördermaßnahmen sind rd. 5,6 Mio € vorgesehen. Hinzu kommen weitere Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“.
- Im Finanzplanungszeitraum werden Einnahmen in Höhe von 53,2 Mio. € aus der Grundwasserentnahmeabgabe erwartet, die für Maßnahmen zur Verbesserung des Grundwasserschutzes, der Grundwasserbewirtschaftung und der Wasserversorgung zweckgebunden einzusetzen sind.
- Ab 2001 wird eine Abgabe für die Entnahme von Oberflächenwasser aus Binnengewässern erhoben.
Für den Finanzplanungszeitraum bis einschl. 2005 wird mit einem Aufkommen von 161,6 Mio. € gerechnet, das zu 50 % für Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der oberirdischen Gewässer, der aquatischen Ökosysteme und der von ihnen abhängigen Landökosysteme und Feuchtgebiete sowie zur Förderung einer nachhaltigen Wassernutzung verwendet werden soll.
- Für den biologischen Flächenschutz und den Artenschutz einschließlich des Vertragsnaturschutzes im Agrarbereich sollen insgesamt rd. 59,7 Mio. € bereitgestellt

werden.

- Für die Förderung von Vereinen, Verbänden und Sonstigen auf den Gebieten des Umwelt-, Natur- und Tierschutzes sind im Finanzplanungszeitraum Ausgaben in Höhe von 2,4 Mio. € vorgesehen.
- Rd. 23,7 Mio. € sind für die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen etatisiert. Aufgrund eines 1995 in Kraft getretenen Verwaltungsabkommens mit dem Bund und den Küstenländern erstatten die übrigen Küstenländer dem Land Schleswig-Holstein im Finanzplanungszeitraum rd. 14,2 Mio. €

-

11. Frauenpolitische Maßnahmen

Für frauenpolitische Maßnahmen sind insgesamt Mittel in Höhe von 12,5 Mio € veranschlagt. Der Schwerpunkt der Förderung liegt in folgenden Bereichen:

- Eigenständige Existenzsicherung von Frauen
Um die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt ihrer Region zu erhöhen, insbesondere aber, um Berufsrückkehrerinnen nach der Familienphase bei der Wiedereingliederung eine Hilfestellung zu geben, werden die zwölf Beratungsstellen "Frau & Beruf" sowohl vom Land als auch von der Europäischen Union unterstützt.
- Frauen in der Informationsgesellschaft
Die Berufe der Informations- und Kommunikationstechnologie bieten gerade auch für Frauen neue berufliche Perspektiven. Um das Potential von Frauen für diesen Bereich stärker zu erschließen, werden im Rahmen der Offensive "Frauen in der Informationsgesellschaft" verschiedene Projekte und Aktionen "EQUAL" und "Internetbus im ländlichen Raum" gefördert, mit dem Ziel, den Anteil von jungen Frauen in den neuen Ausbildungsberufen zu erhöhen. Sie soll ferner dazu beitragen, die Beschäftigungschancen von Frauen am Arbeitsmarkt zu steigern sowie die Anzahl von Internetnutzerinnen erhöhen.
- Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen
Die Frauenhäuser, Beratungsstellen und Notrufgruppen bilden die Basis einer flächendeckenden Versorgung: Sie unterstützen Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, und wirken mit bei der Gewaltprävention. Neben diesen unverzichtbaren Unterstützungsleistungen treten Modellprojekte, in denen eine tragfähige Zusammenarbeit der einzelnen Berufszweige, die mit Gewaltopfern und -

tätern arbeiten (Polizei, Justiz, Frauen- und Männerberatung), entwickelt wird - sowohl im lange vernachlässigten Bereich der häuslichen Gewalt als auch für den Frauenhandel und die Zwangsprostitution.

- Vernetzung der Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes

Die rund 1.600 Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten, die in den Kommunen, den Hochschulen und den Landesbehörden tätig sind, bilden das Fundament einer erfolgreichen Frauenpolitik. Ihre Tätigkeit wird umso effektiver sein, je mehr sie sich untereinander vernetzen. Deshalb wird die Koordinierungsstelle für Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte auch weiterhin tragfähige Organisationsstrukturen aufbauen und weiterentwickeln. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt bezieht sich auf die Einführung und Umsetzung des "Gender Mainstreaming-Konzeptes" in allen Bereichen der Landesverwaltung. In diesem Zusammenhang muss die Rolle von Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten durch Information, Beratung, Begleitung und Schulungen unterstützt werden.

12. Förderung des Wohnungsbaues

Der Wohnungsmarkt zeigt Entspannungstendenzen. Diese treffen nicht für alle Marktsegmente gleichermaßen zu. Mit Blick auf die steigende Zahl von Haushalten mit geringem Einkommen besteht weiterhin Bedarf an Sozialwohnungen. Dies hängt auch damit zusammen, dass in den kommenden Jahren bei einer Reihe von Wohnungen die Sozialbindung entfällt.

In den letzten Jahren wurde der Wohnungsbau in Schleswig-Holstein auf hohem Niveau gefördert. Das Volumen des Wohnungsbauprogramms beträgt im Jahr 2001 rd. 61 Mio €, im Jahr 2002 rd. 51,1 Mio €. Zur Finanzierung einer entsprechenden Kreditaufnahme durch die Investitionsbank bedarf es in den folgenden Jahren eines Zinszuschusses aus dem Landeshaushalt.

Auch im Jahr 2002 und darüber hinaus müssen kontinuierliche Beiträge zur Verstetigung des sozialen Wohnungsbaus geleistet werden. Im Eigentumsbereich zielt die Förderung auf Haushalte ab, die an der Schwelle zum selbstgenutzten Eigentum stehen. Beim Mietwohnungsbau stehen neben den einkommensschwachen Haushalten die kinderreichen Familien, Alleinerziehende und Schwerbehinderte im Vordergrund. Neben dem Neubau werden aber auch die Modernisierung im Bestand, der Erwerb oder die Verlängerung von Belegungsbindungen Schwerpunkte des Landeswohnungsbauprogramms sein.

13. Städtebauförderung

- Das **Bund-Länder-Programm** zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in Städten und Gemeinden wird mit einem jährlichen Programmvolumen in Höhe von z.Zt. 12,6 Mio € fortgesetzt. Bund, Land und Kommunen sind jeweils mit einem Drittel (rd. 4,2 Mio €) an der Finanzierung beteiligt. Zusätzlich stehen im Landesprogramm Städtebauförderung 1998 - 2002 Landesmittel für die Jahre 2001 und 2002 in Höhe von rd. 5,4 Mio € zur Verfügung. Diese Mittel werden komplementiert durch kommunale Mittel in Höhe von insgesamt rd. 2,7 Mio €

- Die Landesregierung hat die durch die Ministerkonferenz der ARGEBAU am 26.11.1996 beschlossene Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt für Schleswig-Holstein aufgegriffen. Das Land beteiligt sich am Bundesprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt“ (Ergänzung zum Bund-Länder-Programm Städtebauförderung).
Der Bund stellt den Ländern für das Programm Soziale Stadt im Programmjahr 2001 Finanzhilfen in Höhe von 77 Mio € zur Verfügung. Davon entfallen auf Schleswig-Holstein rd. 2,5 Mio €. Land und Kommunen komplementieren diese Mittel üblicherweise jeweils in gleicher Höhe.
Im Berichtszeitraum sind Landesmittel in Höhe von rd. 7,1 Mio € vorgesehen.
Mit dem Programm sollen bauliche und städtebauliche Investitionen zum Abbau sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Defizite in sozialen Problemgebieten gefördert werden. Auf der Grundlage von vor Ort entwickelten integrierten Handlungskonzepten sollen auf Stadtteil- bzw. Quartiersebene möglichst viele Handlungsstränge, Aktivitäten und Ressourcen gebündelt und das eigenverantwortliche Handeln auf der lokalen Ebene nachhaltig gefördert werden. Ziel dieser neuen Städtebauförderungsmaßnahmen soll es sein, im Zusammenhang mit und in Ergänzung zu baulichen und städtebaulichen Maßnahmen Beschäftigungs-, Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten zu intensivieren sowie soziale, kulturelle und freizeitbezogene Aktivitäten zu initiieren.

14. Baumaßnahmen im Hochschulbereich (Gemeinschaftsaufgabe „Hochschulbau“)

Im Rahmen eines mittelfristigen Konzepts sind Ausgabeansätze einschließlich des Leasinganteiles der Universitätsbibliothek von 61.355 T € (2001), 59.355 T € (2002), 59.312 T € (2003), 51.129 T € (2004) und 51.129 T € (2005) vorgesehen. Mit diesem

Konzept sind Grundlagen für die Finanzplanung und die Bauplanungen im Hochschulbereich geschaffen.

Im Rahmen des neuen Plafonds der GA werden die laufenden Bauvorhaben fortgesetzt und dringend benötigte Neubauvorhaben in wirtschaftlichen Zeiträumen ausfinanziert werden können.

Als Beispiele größerer, laufender und neuer Vorhaben in 2001 sind zu nennen:

- Umbau FB Elektrotechnik 1. BA, der FH Kiel
(Gesamtkosten einschl. Ersteinrichtung 8,7 Mio €)
- Neubau des Hörsaalgebäudes 2. BA der FH Kiel
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 10,4 Mio €)
- Sanierung und Erweiterung der Mensa I an der CAU Kiel
(Gesamtkosten 9,4 Mio €)
- Neubau der Medizininformatik und Medizintechnik an der MUL
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 19,9 Mio €)
- Neubau Mensa Audimax Universität und FH Flensburg
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 14,9 Mio €)
- Neubau der Universität Flensburg
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 26,3 Mio €)
- Neubau eines Neurozentrums auf dem Zentralgelände des Klinikums der CAU-Kiel
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 37,9 Mio €)
- Neubau des Dr. Mildred-Scheel-Hauses der II. Med. Klinik auf dem Zentralgelände des Klinikums der CAU Kiel
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 8,2 Mio €)
- Erweiterung der Kinderklinik der CAU Kiel
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 8,0 Mio €)
- Neubau 2. BA FHW in Heide, Bibliothek und Mensa
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 6,8 Mio €)

Für 2002 ist beispielhaft der Neubau der Orthopädie auf dem Zentralgelände des Universitätsklinikums Lübeck (Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 36,9 Mio €) zu nennen.

15. Gesundheitswesen

15.1 Krankenhausfinanzierung

Für Maßnahmen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) sind für den Zeitraum 2001 bis 2005 folgende Ausgaben eingeplant:

		<u>Mio €</u>
Haushalt	2001	77,0
Haushaltsentwurf	2002	48,5
Planung	2003	52,6
Planung	2004	60,3
Planung	2005	65,0

Zusammen sind dies rd.303,4 Mio €, die vom Land in Höhe von 171,4 Mio € und von den Kommunen in Höhe von 132,0 Mio € aufgebracht werden. Der vom Land zu zahlende sog. „Vorwegbetrag“ ist auf 8,05 Mio € pro Jahr festgesetzt.

Von dem Gesamtbetrag von 303,4 Mio € entfallen 216,9 Mio € auf die Erfüllung gesetzlicher Ansprüche. Für die Finanzierung von Neu-, Um- und Ersatzbaumaßnahmen sind 86,5 Mio € vorgesehen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Finanzierung der Baumaßnahmen ab 2002 insgesamt von Investitionszuschüssen auf Schuldendiensthilfen – ohne Einschränkung des Bauvolumens von 42 bis 43 Mio € jährlich – umgestellt worden ist.

15.2 Fachkliniken des Landes

Für die Finanzierung der Investitionsmaßnahmen der Fachkliniken des Landes werden im Finanzplanungszeitraum 2001 - 2005 neben den im Kapitel 1011 veranschlagten Landesmitteln von 3,8 Mio € im Kapitel 1005 (MG 01 - Maßnahmen der Pflegeinfrastruktur) 6,1 Mio € (die Finanzierung der Baumaßnahmen ist ab 2002 von Investitionszuschüssen auf Schuldendiensthilfen umgestellt worden), insgesamt damit 10,0 Mio €, bereitgestellt. Die Finanzierung der Investitionsmaßnahmen der Akut- (Krankenhaus-) Bereiche aus dem Kapitel 1013 erfolgt nach den allgemeinen Grundsätzen der Krankenhausfinanzierung.

Für die Durchführung des Maßregelvollzuges in den Fachkliniken Neustadt und Schleswig werden im Finanzplanungszeitraum 2001 - 2005 insgesamt 85,1 Mio. € bereitgestellt.

15.3 Übriges Gesundheitswesen

Es sollen bereitgestellt werden

- insgesamt 9,7 Mio € in den Jahren 2001 bis 2005 für die dezentrale psychiatrische Versorgung,
- insgesamt 15,8 Mio € in den Jahren 2001 bis 2005 für die Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs einschließlich Drogenhilfeplan,
- insgesamt 6,3 Mio € in den Jahren 2001 bis 2005 für die Bekämpfung von Volkskrankheiten (überwiegend für Maßnahmen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS),
- insgesamt 5,8 Mio € in den Jahren 2001 bis 2005 für die Unterhaltung des Krebsregisters.

16. Sozial-, Kinder-, Jugend- und Familienbereich

16.1 Sozialhilfe

Die Ansätze für die Sozialhilfe im Finanzplanungszeitraum berücksichtigen das seit 1991 bestehende sogenannte „quotale System“. Dieses sieht vor, daß die gesamten Sozialhilfekosten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, gemeinsam von den Kommunen und dem Land getragen werden. Der Anteil der Kommunen wurde auf 61 v.H. und der des Landes auf 39 v.H. festgesetzt. Für die Jahre 2001 bis 2005 sind insgesamt Landesmittel i.H.v. 2.057,6 Mio € eingeplant. Bei den Ansätzen ist berücksichtigt worden, dass die zur Senkung der Sozialhilfekosten ergriffenen Maßnahmen - insbesondere bei der Hilfe zur Arbeit und durch Benchmarking - Wirkung zeigen.

16.2 Kindertageseinrichtungen und Tagespflege

Die investive Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz und dem Kindertagesstättengesetz ist ausgelaufen. Die veranschlagten Zinszuschussleistungen dienen der Abwicklung der restlichen Anträge und der Ausfinanzierung der gewährten Darlehen bei zwanzigjähriger Laufzeit. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz konnte ab dem 1. Januar 1999 ohne Übergangsregelung erfüllt werden. Das Land gewährt den Trägern von Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen Zuschüsse zu den Kosten des pädagogischen Personals. Hierfür sind im Finanzplanungszeitraum insgesamt 266,0 Mio € eingeplant.

16.3 Kinder-, Jugend und Familienbereich:

- Zur Förderung der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit sind im Finanzplanungszeitraum rd. 14,0 Mio € vorgesehen.

- Für Jugendstättenbaumaßnahmen sind rd. 3,9 Mio € Zuschüsse veranschlagt.

- Die Finanzierungsbeteiligung in der Jugendhilfe wurde zum 1.1.2001 mit einem Betrag von rd. 41,6 Mio € als Zuweisung zu den Jugendhilfekosten in den kommunalen Finanzausgleich (§ 25d FAG) umgesetzt. Der Betrag erhöht oder vermindert sich ab 2002 gegenüber dem Vorjahresbetrag in dem selben Verhältnis, wie sich die Finanzausgleichsmasse gegenüber dem Vorjahr verändert.
Für präventive Maßnahmen nach § 58 JuFöG in der ab 1.1.2001 geltenden Fassung verblieben 2001 im Epl. 09 rd. 1,5 Mio. €. Dieser Betrag wird für 2002 und die Folgejahre unverändert fortgeschrieben und insbesondere für den Schwerpunkt der Vernetzung von Angeboten und Kooperationen von Jugendhilfe und Schule bereitgestellt. Damit können auch EU-Kofinanzierungsmittel gebunden werden.

- Für familienfördernde Maßnahmen des Landes (u.a. Förderung der Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz, Beratung von Problemfamilien, Familienbildungsstätten, ohne Familienferienerholung [MG 32]) werden im Finanzplanungszeitraum rd. 15,7 Mio € bereitgestellt.

16.4 Folgende weitere Maßnahmen sind zu erwähnen:

- Das Programm zur Modernisierung und zum Ausbau des Jugendaufbauwerks wird fortgesetzt. Hierfür werden seit 1994 im Landeshaushalt nur noch die Landesmittel (2001 bis 2005: 7,9 Mio €) veranschlagt. Darin enthalten sind Mittel für die Qualifizierung/Ausbildung von jungen Frauen mit kleinen Kindern im Jugendaufbauwerk im Rahmen des Programms zur Verbesserung der Ausbildungssituation in Schleswig-Holstein und Mittel im Rahmen des Investitionsprogramms „Arbeit, Bildung, Innovation“ (bis 2001). Die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit für die Kosten des laufenden Betriebes des Jugendaufbauwerks werden unmittelbar den Trägern der Einrichtungen zugewiesen.

- Für die Schuldnerberatungsstellen, die als „geeignete Stellen“ nach § 305 Abs. 1 Nr. 1 der Insolvenzordnung anerkannt sind, sind im Finanzplanungszeitraum Zuschüsse von

insgesamt 11,9 Mio. € vorgesehen. Ziel der Förderung ist insbesondere die Verbesserung der Personalsituation in den Schuldnerberatungsstellen aufgrund der mit der Durchführung der Verbraucherinsolvenzverfahren verbundenen Mehrbelastungen.

- Der den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege aus dem Ertrag des „Spiels 77“ und der Losbrieflotterie zur Verfügung stehende Betrag wird sich in den Jahren 2001 bis 2005 voraussichtlich auf 9,4 Mio € belaufen.
- Im Finanzplanungszeitraum sind Zuschüsse (Lotto- u. Totomittel) in Höhe von 17,5 Mio € an die Verbände der freien Wohlfahrtspflege für besondere soziale Maßnahmen des Landes zur Verfügung veranschlagt.
- Für Investitionen im Bereich der Behinderteneinrichtungen und Wohnheime für Behinderte sind Ausgaben in Höhe von 10,2 Mio € vorgesehen.

16.5 Pflegeversicherung / Pflegequalitätsoffensive

Für die Durchführung des Landespflegegesetzes, das insbesondere die Förderung der Investitionskosten von Pflegeeinrichtungen vorsieht und zur finanziellen Entlastung Pflegebedürftiger beiträgt, ist – ohne die Pflegebereiche der öffentlich-rechtlichen Fachkliniken (vgl. Ziffer 15.2) – ein Landesanteil von rd. 123,7 Mio. € im Finanzplanungszeitraum veranschlagt. Auf die Pflegequalitätsoffensive zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der Qualität in Pflegeeinrichtungen entfallen in den Jahren 2001 bis 2005 rd. 8,5 Mio. €. Die Aufwendungen sind durch Einsparungen gedeckt, die durch die Einführung der Pflegeversicherung im Bereich der Sozialhilfe entstehen.

17. Asyl- und Ausländerbereich

Ausgaben für den Asyl- und Ausländerbereich sind für die Jahre 2001 bis 2005 mit insgesamt 205,6 Mio € veranschlagt.

18. Staatlicher Hochbau (ohne Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau)

Mit Wirkung vom 01.07.1999 ist die „Gebäudemanagement Schleswig Holstein“ (GMSH) in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet worden. Die GMSH übernimmt die Aufgaben der bisherigen Landesbauverwaltung.

Nach Übertragung der Liegenschaften auf die IB werden künftig große Baumaßnahmen nicht mehr über den EPL 12 abgewickelt, sondern über Mieten finanziert. Wesentliche Ausnahmen von dieser Regelung sind insbesondere die Hochschulbauten und Baumaßnahmen in den Justizvollzugsanstalten sowie im Landeshaus.

Das Land ist künftig bei den übertragenen Liegenschaften nur für Schönheitsreparaturen und nutzerspezifische Einbauten zuständig. Modernisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen sind mit der Investitionsbank und der GMSH abzustimmen und über Mieten zu finanzieren. Nutzerspezifische Maßnahmen, die wegen der Überschreitung der Kostenobergrenze von 5 T€ nicht aus dem zentralen Bauunterhaltungstitel finanziert werden dürfen, werden wie bisher im jeweiligen Ressortkapitel des EPL 12 (HG 711) veranschlagt.

Für laufende und im Planungszeitraum zu beginnende Baumaßnahmen sind ab 2001 vorgesehen (HG 7 + 8):

	2001	2002	2003	2004	2005
			- in Mio € -		
Kleine Neu-, Um- u. Erweiterungsarbeiten	6,6	7,6	6,8	4,4	3,6
Landesbau (Große Baumaßnahmen)	19,1	19,7	29,7	23,4	18,0
landesfinanzierter Hochschulbau (Große Baumaßnahmen)	10,4	8,0	10,8	6,0	0,3
Ersteinrichtung	0,1	0,3	0,2	0,4	0,1
Baunebenkosten	1,5	1,5	1,0	1,0	1,0

Als große, laufende und neue Vorhaben im Bereich der landesfinanzierten Maßnahmen sind in 2001 zu nennen:

- Umbau mit teilweiser Neugestaltung des Landeshauses
(Gesamtbaukosten ca. 16,7 Mio. €)
- Herrichtung und Erweiterung der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein
(Gesamtbaukosten ca. 18,2 Mio. €)
- Neubau der Jugendarrestanstalt Molfelde
(Gesamtbaukosten ca. 3,0 Mio. €)

- Weiterer Teilerweiterungsbau der Verwaltungsfachhochschule Altenholz
(Gesamtbaukosten ca. 2,7 Mio. €)
- Herrichtung der Liegenschaft Munketoft, Universität Flensburg
(Gesamtbaukosten ca. 2,2 Mio. €)
- Neubau eines Laborgebäudes für das LANU in Neumünster, 1. BA
(Gesamtbaukosten ca. 8,2 Mio. €)

- Mit dem Investitionsprogramm Justizvollzug werden auf der Basis eines mittelfristigen Bauvolumens von rd. 56,8 Mio € die Überbelegung der Anstalten abgebaut, der dringendste Grundinstandsetzungs- und Sanierungsbedarf gedeckt sowie weitere Arbeitsmöglichkeiten für Gefangene geschaffen. Die Veranschlagung erfolgt im Kapitel 1209 in den einzelnen Titelgruppen. In 2001 laufende Vorhaben sind:
Modernisierung der Justizvollzugsanstalt Kiel
(Gesamtbaukosten ca. 11,7 Mio. €)
Neubau Haus F der Justizvollzugsanstalt Lübeck
(Gesamtbaukosten ca. 8,1 Mio. €)
Neubau Haus H, Frauenvollzug in der Justizvollzugsanstalt Lübeck
(Gesamtbaukosten ca. 2,3 Mio. €)
Sozialtherapeutische Abteilung Haus C der Justizvollzugsanstalt Lübeck
(Gesamtbaukosten ca. 2,5 Mio. €)
Umbau der Bäckerei in der Justizvollzugsanstalt Neumünster
(Gesamtbaukosten ca. 3,9 Mio. €)

Wesentliche für 2002 vorgesehen und zu erwartende große Neubeginne bei landesfinanzierten Bauvorhaben:

- Grundinstandsetzungsmaßnahmen im Altbau des IfW
(Gesamtkosten ca. 3,5 Mio. €)
- Erweiterung der Herzchirurgie am Universitätsklinikum Lübeck
(Gesamtkosten ca. 1,3 Mio. €)
- Sanierung des Pharmazeutischen Instituts an der CAU Kiel
(Gesamtkosten ca. 8,7 Mio. €)

Investitionsprogramm Justizvollzug

- Erweiterungsbau für OV Männer, Haus I, JVA Lübeck
(Gesamtkosten ca. 2,3 Mio. €)
- Grundinstandsetzung der Küche, JVA Lübeck
(Gesamtkosten ca. 1,5 Mio. €)

- Neubau eines Küchen- und Arbeitsgebäudes in der JVA Flensburg
(Gesamtkosten ca. 1,3 Mio. €)

Anlage 1

Gesamteinnahmen

	Haushalt 2001 T€	Haushalt 2002 Entwurf T€	Planung		
			2003 T€	2004 T€	2005 T€
Steuern	5.052.841,9	5.343.029,0	5.521.333	5.830.858	6.043.059
Steuerähnliche Abgaben	91.034,5	108.842,4	110.275	112.218	113.241
Länderfinanzausgleich	139.736,1	118.700,0	124.100	131.500	183.100
Bundesergänzungszuweisungen	339.906,8	296.700,0	293.200	292.700	151.300
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst	557.687,3	475.255,1	425.502	423.203	426.253
Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen (ohne LFA, BEZ)	631.007,6	599.839,2	591.868	588.313	593.402
Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen (ohne Kreditmarktmittel)	251.268,1	184.770,4	294.847	295.225	295.730
Haushaltstechnische Verrechnungen	8.944,6	9.054,7	8.690	8.877	9.040
Nettoeinnahmen	7.072.426,9	7.136.190,8	7.369.815	7.682.894	7.815.125
Einnahmen aus Liegenschaftsübertragungen	102.258,4	25.000,0	0	0	0
Kreditmarktmittel	2.166.036,9	2.334.031,2	3.118.525	3.025.535	2.989.441
Überschüsse aus Vorjahren	0,0	0,0	0	0	0
Entnahme aus Rücklagen	72.780,9	53.701,0	7.670	7.670	0
Gesamteinnahmen	9.413.503,1	9.548.923,0	10.496.010	10.716.099	10.804.566

Gesamtausgaben

	Haushalt 2001 T€	Haushalt 2002 Entwurf T€	Planung		
			2003 T€	2004 T€	2005 T€
Personalausgaben	2.839.781,0	2.929.025,0	3.013.762	3.085.221	3.151.316
Sächliche Verwaltungsausgaben	425.000,8	443.175,9	446.857	456.157	453.427
Schuldendienst (ohne Schuldentilgung am Kreditmarkt)	923.647,2	923.759,3	946.649	968.365	994.391
Länderfinanzausgleich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	2.762.485,5	2.734.291,0	2.780.607	2.887.109	2.941.153,4
Baumaßnahmen	147.583,3	140.697,6	150.430	132.584	122.682
Sonstige Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen	632.980,6	579.976,3	596.609	581.855	572.969
Globale Mehr- und Minderausgaben	-22.712,4	-36.735,6	-125.000	-125.000	-125.000
Haushaltstechnische Verrechnungen	8.944,8	9.054,7	8.690	8.877	9.040
Nettoausgaben	7.717.710,8	7.723.244,2	7.818.603	7.995.168	8.119.978
Schuldentilgung Kreditmarktmittel	1.693.875,5	1.823.761,9	2.676.258	2.719.782	2.683.688
Fehlbetrag aus Vorjahren	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zuführung an Rücklagen	1.916,8	1.916,9	1.149	1.149	900
Gesamtausgaben	9.413.503,1	9.548.923,0	10.496.010	10.716.099	10.804.566

Finanzierungsübersicht

	Haushalt 2001 T€	Haushalt 2002 Entwurf T€	Planung		
			2003 T€	2004 T€	2005 T€
Nettoausgaben	7.717.710,8	7.723.244,2	7.818.603	7.995.168	8.119.978
Nettoeinnahmen	7.072.426,9	7.136.190,8	7.369.815	7.682.894	7.815.125
Finanzierungssaldo	-645.283,9	-587.053,4	-448.788,0	-312.274,0	-304.853,0
zuzüglich Schuldentilgung am Kreditmarkt	1.693.875,5	1.823.761,9	2.676.258	2.719.782	2.683.688
Fehlbetrag aus Vorjahren	0,0	0,0	0	0	0
Zuführung an Rücklagen	1.916,8	1.916,9	1.149	1.149	900
Deckungslücke (ohne Kreditaufnahme)	2.341.076,2	2.412.732,2	3.126.195	3.033.205	2.989.441
Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	2.166.036,9	2.334.031,2	3.118.525	3.025.535	2.989.441
Überschüsse aus Vorjahren	-	-	-	-	-
Erlöse Liegenschaftsmodell	102.258,4	25.000,0	0	0	0
Entnahme aus Rücklagen	72.780,9	53.701,0	7.670	7.670	0
Verbleibende Deckungslücke bzw. Überschuß	0,0	0,0	0	0	0
<u>nachrichtlich:</u>					
Nettokreditaufnahme	472.161,4	510.269,3	442.267	305.753	305.753
Steigerung der Nettoausgaben		0,1	1,2	2,3	1,6

Steueraufkommen 2001 - 2005

STEUERART	2001	2002	2003	2004	2005
	Haushalt	Entwurf	Planung		
	- Mio € -				
Gemeinschaftsteuern					
Lohnsteuer	1.883,6	1.926,5	2.054,3	2.174,6	2.219,2
Veranlagte Einkommensteuer	163,1	185,1	161,4	220,3	159,6
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	62,9	48,9	51,1	53,7	56,5
Körperschaftsteuer	168,2	246,5	218,8	255,3	301,4
Umsatzsteuer	1.392,7	1.490,2	1.533,4	1.522,7	1.572,7
Einfuhrumsatzsteuer	464,3	508,6	525,4	571,5	658,1
Gewerbsteuerumlage	144,0	158,8	180,9	188,8	208,3
Zinsabschlagsteuer	101,7	105,1	107,4	109,3	110,6
Summe 1.	4.380,5	4.669,7	4.832,7	5.095,9	5.286,4
Landessteuern					
Vermögensteuer	6,8	5,3	3,9	2,6	1,3
Erbschaftsteuer	70,7	74,7	78,7	90,1	94,1
Grunderwerbsteuer	218,8	204,2	211,5	218,9	226,2
Krafffahrzeugsteuer	291,9	300,4	304,8	332,9	343,6
Totalisatorsteuer	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9
Lotteriesteuer	58,6	63,0	64,0	65,0	66,0
Feuerschutzsteuer	9,7	9,2	9,2	9,2	9,2
Biersteuer	14,9	15,7	15,6	15,4	15,4
Summe 2.	672,4	673,4	688,6	735,0	756,7
Summe 1. + 2.	5.052,9	5.343,1	5.521,3	5.830,9	6.043,1
Länderfinanzausgleich	139,7	118,7	124,1	131,5	183,1
Bundesergänzungszuweisungen	339,9	296,7	293,2	292,7	151,3
Insgesamt	5.532,5	5.758,5	5.938,6	6.255,1	6.377,5

Bedeutsame nichtinvestive Ausgaben aufgr und von Bundesgesetzen

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2001 Mio. €	Entwurf 2002 Mio. €	Planung		
				2003 Mio. €	2004 Mio. €	2005 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
0407 (TG 62 o. 883 62)	Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten	37,1	30,6	37,1	37,1	37,1
0416 - 633 01	Wohngeld	185,6	165,0	175,0	175,0	175,0
0602 - MG 03	Berufliche Aufstiegsförderung	2,1	2,4	2,8	3,1	3,3
0607 - MG 02 /TG 71	Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr	37,3	46,0	47,6	48,4	49,1
0607 - MG 02 /TG 73	Unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im Personenverkehr	9,3	10,3	10,3	10,6	10,8
0902, 0904-6 526 11-16	Auslagen in Rechtssachen	51,5	53,5	57,0	59,5	62,0
0903 - 681 03	Arbeitsentgelte u. dgl. für Gefangene	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
0909 - 633 11	Erstattungen an Kreise und kreisfreie Städte im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes	32,2	30,7	31,4	32,2	22,0
1003 - 633 04	Kriegsopferfürsorge (Landesanteil)	2,5	2,5	2,5	2,5	2,4
1004 - 671 03	Beiträge an die Unfallkasse Schleswig-Holstein	4,3	4,8	4,8	4,8	4,8
1005 - TG 65	Sozialhilfe (ohne Tit. 981 65)	383,6	385,0	407,9	423,2	439,3
1111 - 634 01	Zuschuss an LA-Fonds nach § 6 LAG	1,5	1,4	1,4	1,4	1,4

Aufteilung der Finanzausgleichsmasse für die Jahre 2001 bis 2005

- nach Haushaltsansätzen -

Gegenstand	2001	2002	2003	2004	2005
	Haushalt	Entwurf	MFP		
	T€	T€			
I. Vorwegabzüge (§ 7 Abs. 1 FAG)					
1. Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen (Tit. 613 03)	1.022,6	1.022,6	1.023	1.023	1.023
(Tit. 613 04)	7.669,4	7.669,4	7.670	7.670	7.670
(Tit. 883 01)	9.203,3	9.203,3	9.204	9.204	9.204
2. Zuweisung an den Förderungsfonds für den Nachbarraum um Hamburg (Förderungsfonds Nord) (Tit. 883 16)					
2.1 Zuweisungen nach § 20 (1) FAG	1.278,3	1.278,3	1.278	1.278	1.278
2.2 Zuweisungen nach § 20 (3) FAG	1.789,5	1.789,5	1.790	1.790	1.790
3. Kommunalen Schulbaufonds (MG 01)	30.677,5	30.677,5	30.678	30.678	30.678
4. Theater und Orchester					
4.1 Betriebskostenzuweisungen (Tit. 633 03)	31.730,3	32.681,8	33.661	34.671	35.710
4.2 Bau- und Sanierungsmaßnahmen (Tit. 883 04)	2.556,5	2.556,5	2.557	-	-
5. Zuweisungen an die DZ (Tit. 533 01)	1.022,6	1.022,6	1.023	1.023	1.023
6. Zuweisungen zu den Straßenbaulasten					
6.1 Unterhaltung und Instandsetzung von Gemeindestraßen (Tit. 633 01)	1.610,6	1.610,6	1.611	1.611	1.611
6.2 Um- und Ausbau von Gemeindestraßen (Tit. 883 02)	1.968,5	1.968,5	1.969	1.969	1.969
6.3 Unterhaltung und Instandsetzung von Kreisstraßen und Ortsdurchfahrten (Tit. 633 02)	14.725,2	14.725,2	14.726	14.726	14.726
6.4 besondere Straßenbaumaßnahmen (Tit. 883 03)	5.215,2	5.215,2	5.216	5.216	5.216
7. Zuweisungen zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (Tit. 633 04)	5.112,9	5.112,9	5.113	5.113	5.113
8. Zuweisungen zur Förderung von Frauenhäusern (Tit. 633 05)	3.905,3	3.983,0	4.079	4.139	4.201
9. Zuweisungen zu den Sozialhilfekosten (Tit. 633 06)	12.271,0	12.200,0	12.200	12.200	12.200
10. Zuweisungen zur Förderung des Büchereiwesens (Tit. 633 07)	6.248,0	6.435,1	6.628	6.827	7.032
11. Zuweisungen zu den Jugendhilfekosten (Tit. 633 08)	41.619,2	42.201,9	42.962	45.368	47.364
Summe I	179.625,9	181.353,9	183.388	184.506	187.808

Gegenstand	2001	2002	2003	2004	2005
	Haushalt	Entwurf	MFP		
	T€	T€			
II. Prozentual aufzuteilender Betrag (§§ 7 Abs. 2 und 8 - 15 FAG)					
Davon entfallen auf					
a) Schlüsselzuweisungen (Tit. 613 06)	807.666,7	819.533,4	835.248	890.000	933.076
b) Zuweisungen für Investitionsmaßnahmen (Tit. 883 15)	75.029,1	76.131,5	77.591	82.678	86.679
Summe II	882.695,8	895.664,9	912.840	972.678	1.019.756
Finanzausgleichsmasse	1.062.321,7	1.077.018,8	1.096.228	1.157.184	1.207.564
Zuwachs in v.H.					
FAG-Masse		1,4	1,8	5,6	4,4
Schlüsselzuweisungen		1,5	1,9	6,6	4,8
III. Berechnung der FAG-Masse					
Steuern, LFA und BEZ	5.377.768,0	5.589.552,0	5.747.600	6.056.487	6.159.059
- Familienleistungsausgleich	- 66.621,3	- 77.100,0	- 80.234	- 80.951	- 83.916
Verbundmasse	5.311.146,7	5.512.452,0	5.667.366	5.975.536	6.075.143
FAG-Masse (19,78 v.H.)	1.050.544,8	1.090.363,0	1.121.005	1.181.961	1.201.663
- Finanzierungsbeitrag	+ 3.088,2	- 24.777,2	- 24.777	- 24.777	+ 5.900
- Abrechnung 1999	+ 8.540,1				
- Abrechnung 2000		+ 11.804,3			
- Abrechnung FLA 1998/1999	+ 148,6	- 371,3			
Finanzausgleichsmasse	1.062.321,7	1.077.018,8	1.096.228	1.157.184	1.207.564
Nachrichtlich:					
Familienleistungsausgleich					
- lfd. Jahr -	66.621,3	77.100,0	80.234	80.951	83.916
- Abrechnung Vorjahr	- 782,2	1.954,3			

Sachinvestitionen und Investitionsfördermaßnahmen

Bezeichnung	Haushalt	Entwurf	Planung		Planung
	2001 Mio €	2002 Mio €	2003 Mio €	2004 Mio €	2005 Mio €
1	2	3	4	5	6
Sachinvestitionen					
Baumaßnahmen (Hauptgruppe7)	147,6	140,7	150,4	132,6	122,7
Erwerb von beweglichen und unbeweglichen Sachen (Obergruppen 81 und 82)	58,7	52,2	64,2	51,1	47,7
Investitionsförderungsmaßnahmen					
Erwerb von Beteiligungen (Obergruppe 83)	0,3	0,0	0,2	0,2	0,2
Darlehen und Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV) und Zweckverbände (Obergruppen 85 und 88)	330,3	360,8	370,4	372,7	380,3
Darlehen und Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche (Obergruppen 86 und 89)	233,9	158,7	152,2	148,5	135,3
Inanspruchnahme von Gewährleistungen (Obergruppe 87)	9,8	8,2	9,7	9,4	9,4
Summe	780,6	720,7	747,1	714,5	695,7

Ausgaben
für wesentliche Aufgabenbereiche nach Einzelplänen

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2001 Mio. €	Entwurf 2002 Mio. €	P l a n u n g		
				2003 Mio. €	2004 Mio. €	2005 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
<u>Einzelplan 04</u>						
- Innenministerium -						
<u>Kap. 0402</u>	Sportförderung	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2
<u>Kap. 0407</u> 633 62	Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	31,8	25,2	31,6	31,6	31,6
<u>Kap. 0410</u> 811 01 ff.	Investiver Polizeihauhalt	9,6	7,9	8,8	7,3	7,2
<u>Kap. 0416</u> 633 01	Wohngeld	185,6	165,0	175,0	175,0	175,0
MG 01	Wohnungsbauförderung im 1. Förderungsweg und in der vereinbarten Förderung	25,8	17,9	16,3	13,5	11,3
MG 02	Wohnungsbauförderung im 2. Förderungsweg	4,3	3,6	2,9	2,4	1,9
MG 04	Städtebauförderung	10,0	12,2	11,2	11,9	12,6
<u>Einzelplan 05</u>						
- Ministerium für Finanzen und Energie -						
<u>Kap. 0505</u> MG 05	IT-Steuerverwaltung	8,0	7,2	9,3	9,9	9,9
<u>Kap. 0508</u> MG 02	Zuschüsse an die GMSH	18,2	16,8	17,1	17,2	17,5
<u>Kap. 0509</u> MG 01	Atomrechtliche Verfahren	19,9	17,4	17,4	17,4	17,4
<u>Kap. 0510</u>	Energiewirtschaft	1,1	0,4	0,9	1,0	1,1
<u>Einzelplan 06</u>						
- Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr -						
<u>Kap. 0602</u> 671 01	Erstattung des Schuldendienstes aus der Finanzierung des Beschäftigungsorientierten Investitionshilfeprogramms an die Investitionsbank	1,1	0,5	0	0	0
871 01	Inanspruchnahme aus Gewähr- leistungszusagen im Rahmen des Existenzgründerinnenprogramm	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3
892 05	Wettbewerbshilfen für schlesw.- holst. Werften	18,6	24,8	14,1	13,0	2,6

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2001 Mio. €	Entwurf 2002 Mio. €	Planung		
				2003 Mio. €	2004 Mio. €	2005 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
MG 02	Aus- und Weiterbildung	4,5	3,7	3,6	3,6	3,6
MG 03	Berufliche Aufstiegsfortbildung	2,1	2,4	2,8	3,1	3,3
MG 04	Beratungs- und Informations- wesen des mittelständischen Gewerbes	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2
MG 06	Werbemaßnahmen im Interesse der gewerbl. Wirtschaft	2,5	2,4	2,4	2,4	2,4
MG 07	Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation zur Stärkung der Wirtschaft	8,1	7,5	7,6	7,6	7,6
MG 08	Informationswirtschaft und Multimedia	1,1	1,1	0,9	0,9	0,2
MG 11	Wagniskapitalbeteiligungen	2,2	0,0	0	0	0
MG 15	Regionalprogramm 2000	33,1	39,7	39,8	36,9	37,2
MG 16	Ziel-5b-Programm	1,5	0,0	0	0	0
<u>Kap. 0603</u>	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	31,0	28,8	28,8	28,8	28,8
<u>Kap. 0604</u>						
533 01	Werkverträge im Rahmen der Entwurfsbearbeitung	8,6	7,7	8,5	8,5	8,5
752 01	Planung etc. konkreter Straßen- baumaßnahmen	2,6	6,7	7,2	7,2	7,2
753 01	Deckenerneuerung auf Landesstraßen	8,2	8,0	8,2	8,2	8,2
883 33	Kommunaler Straßenbau (Bundesmittel)	29,6	33,4	33,4	29,6	29,6
MG 01	Straßeninformationssystem	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1
TG 63	Um- und Ausbau von Landesstraßen	24,0	16,2	16,0	14,9	14,9
<u>Kap. 0605</u>						
711 01 ff.	Baumaßnahmen in landeseigenen Häfen sowie Erwerb von Fahrzeugen und Geräten pp.	2,9	3,1	3,6	3,0	3,0
<u>Kap. 0607</u>						
MG 02	Maßnahmen aus Regionalisierungsmitteln	182,0	188,2	199,1	206,3	213,6
TG 65	Öffentlicher Personennahverkehr (Bundesmittel)	13,8	10,0	10,0	13,8	13,8
TG 68	Kostenbeiträge nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
TG 71	Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr	26,6	26,0	27,6	28,4	29,1

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2001 Mio. €	Entwurf 2002 Mio. €	Planung		
				2003 Mio. €	2004 Mio. €	2005 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
TG 73	Fahrgelderstattung für die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personennahverkehr	3,9	3,9	4,0	4,1	4,2

Einzelplan 07

- Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur -

Kap. 0702

684 01	Personalkostenzuschüsse an Kirchen	11,2	11,1	11,4	11,6	11,9
--------	------------------------------------	------	------	------	------	------

Kap. 0703

MG 01	Ausbildungsförderung	45,5	46,7	47,5	46,4	46,4
-------	----------------------	------	------	------	------	------

Kap. 0710

MG 07	Zuschüsse an dt. Privatschulen	32,5	31,0	31,0	31,0	31,0
-------	--------------------------------	------	------	------	------	------

MG 09	Zuschüsse an Schulen der dänischen Minderheit	24,3	24,9	24,9	24,9	24,9
-------	---	------	------	------	------	------

Kap. 0711 bis 0716	Personalkosten Lehrer	986,7	1.033,1	1.054,0	1.081,9	1.106,4
--------------------	-----------------------	-------	---------	---------	---------	---------

Kap. 0720 bis 0729 u. 0734	Hochschulbudget (o. Klinika)	237,1	242,3	244,2	246,4	248,3
----------------------------	------------------------------	-------	-------	-------	-------	-------

Kap. 0721

MG 01	Zuschuss für die Universitätsklinik Kiel	77,5	75,2	75,9	73,7	72,9
-------	--	------	------	------	------	------

Kap. 0722

MG 01	Zuschuss für die Universitätsklinik Lübeck	66,8	65,0	65,5	63,6	62,8
-------	--	------	------	------	------	------

Kap. 0740

684 26	S-H Musik Festival	1,9	1,8	1,8	1,8	1,8
--------	--------------------	-----	-----	-----	-----	-----

MG 01	Kunst- und Kulturpflege	2,2	2,4	2,4	2,4	2,4
-------	-------------------------	-----	-----	-----	-----	-----

Einzelplan 08

- Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus

Kapitel 0801

MG 03	Aufwendungen f.d. landwirtschaftlichen Berufsfach- und Fachschulen	2,8	2,7	2,7	2,7	2,7
-------	--	-----	-----	-----	-----	-----

Kap. 0802

686 04	Landwirtschaftliche u. gärtnerische Beratungsringe	1,2	1,2	1,1	1,1	1,1
--------	--	-----	-----	-----	-----	-----

MG 03 MG 05	Zuwendungen der EU für die Fischerei und Aquakultur	5,0	4,3	3,5	3,5	3,5
----------------	---	-----	-----	-----	-----	-----

MG 04	Leistungen an die Landwirtschaftskammer	9,4	8,3	7,4	6,5	6,5
-------	---	-----	-----	-----	-----	-----

TG 61	Tourismus	2,5	2,8	2,8	2,8	2,8
-------	-----------	-----	-----	-----	-----	-----

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2001 Mio. €	Entwurf 2002 Mio. €	Planung		
				2003 Mio. €	2004 Mio. €	2005 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
TG 73/ TG 74	Fischerei	1,0	1,2	1,2	1,2	1,2
<u>Kap. 0803</u>	- Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan	75,3	47,6	49,1	49,2	49,2
MG 01	Vorplanung	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0
MG 02	Flurbereinigung	2,5	0,0	0,0	0,0	0,0
MG 03	Einzelbetriebliche Maßnahmen u. ländliche Siedlung	21,4	11,8	11,4	11,4	11,4
MG 04	Verbesserung der Marktstruktur	1,3	0,6	0,6	0,6	0,6
MG 05	Wasserwirtschaftliche/kulturbau- technische Maßnahmen	5,5	3,2	3,2	3,2	3,2
MG 06	Forstliche Maßnahmen	2,9	0,5	0,5	0,5	0,5
MG 07	Sonstige Maßnahmen	1,2	0,0	0,0	0,0	0,0
MG 08	Küstenschutz	31,6	29,0	29,0	29,0	29,0
MG 10	Dorferneuerung	5,1	2,6	4,5	4,5	4,6
MG 12	Investitionsprogramm Arbeit, Bildung, Innovation	3,3	0,0	0,0	0,0	0,0
MG 13	Maßnahmen aus dem EAGFL Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes	24,7	27,5	28,9	29,6	30,3
<u>Kap. 0812</u>						
MG 02	Betriebs- und Unterhaltungskosten für Sperrwerke	2,3	1,4	1,7	1,7	1,5
<u>Einzelplan 09</u>						
	- Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie-					
<u>Kap. 0902</u>						
MG 05	Informationstechnik (u.a. MEGA, MESTA, GRUNDBUCH)	5,8	4,7	9,3	6,5	6,3
<u>Kap. 0908</u>	Förderung von Frauen und Mädchen					
MG 01	Impulse für neue frauenpolitische Themen und Vorhaben	0,7	0,6	0,4	0,4	0,4
MG 02	Stärkung einer frauenfördernden Infrastruktur	2,1	2,0	2,0	2,0	2,0
<u>Kap. 0909</u>	Kinder, Jugend und Familie					
633 11	Unterhaltsvorschuss (Erstattungen)	32,2	30,7	31,4	32,2	22,0
684 02	Aktion „Schleswig-Holstein - Land für Kinder“	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
684 14	Maßnahmen der Kinder- und	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2001 Mio. €	Entwurf 2002 Mio. €	Planung		
				2003 Mio. €	2004 Mio. €	2005 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
	Jugendhilfe					
MG 01	Emanzipation gleichgeschlechtlicher Lebensweisen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
MG 20	Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8
MG 21	Internationale Jugendarbeit	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
MG 22	Kinder- und Jugendschutz	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
MG 23	Präventive Maßnahmen, Finanzierungsbeteiligung gem. JuFöG	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
MG 24	Hilfe zur Erziehung	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3
MG 25	Fortbildung in der Jugendhilfe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
MG 26	Bau von Stätten der Jugendarbeit	0,6	0,5	1,3	0,7	0,7
MG 30	Familienfördernde Maßnahmen	3,1	3,1	3,1	3,2	3,2
MG 32	Ferienwerk -Schleswig-Holstein	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
<u>Einzelplan 10</u>						
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz -						
<u>Kap. 1001</u>						
686 01	EU-Zuschüsse aus dem ESF	31,8	32,9	21,7	20,1	20,5
<u>Kap. 1002</u>						
TG 61	Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs	3,3	3,2	3,1	3,1	3,1
TG 62	Besondere präventive und gesundheitspolitische Maßn.	1,4	1,2	1,2	1,3	1,3
TG 66	Ausbau der dezentralen psychiatrischen Versorgung	2,1	1,9	1,9	1,9	1,9
<u>Kap. 1003</u>						
633 04	Landesanteil an den Ausgaben der Kriegsopferfürsorge	2,5	2,5	2,5	2,5	2,4
681 01	Impfschäden	3,3	3,3	3,3	3,3	3,3
TG 67	Leistungen aus der Ausgleichsabgabe nach § 11 Schwerbehindertengesetz	15,1	13,9	13,9	13,9	13,9
<u>Kap. 1004</u>						
671 03	Unfallversicherung	4,3	4,8	4,8	4,8	4,8
MG 01	Jugendaufbauwerk	2,4	1,4	1,4	1,4	1,4
MG 06	Zusätzliche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (ESF)	9,2	9,2	9,2	9,2	9,2
MG 07	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen „ASH III“ und „ASH 2000“	7,2	4,9	7,1	8,6	7,0

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2001 Mio. €	Entwurf 2002 Mio. €	Planung		
				2003 Mio. €	2004 Mio. €	2005 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
MG 08	Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz	11,9	11,3	10,8	10,2	9,7
<u>Kap. 1005</u>						
633 02	Landesblindengeld	24,3	21,8	22,2	22,7	23,1
MG 01	Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur	21,4	21,2	26,1	28,9	32,2
MG 05	Förderung des „Freiwilligen Sozialen Jahres“	1,3	1,1	1,0	0,8	0,8
MG 06	Zuschüsse an soz. Einrichtungen aus dem Ertrag „Spiel 77“ und Losbrieflotterie	1,1	2,1	2,1	2,1	2,1
MG 07	Kindertagesstätten	53,9	53,9	53,8	53,8	53,7
TG 62	Besondere soziale Maßnahmen	3,3	3,5	3,6	3,6	3,6
TG 63	Pflegeheime, Behinderteneinrichtungen u. Wohnheime für Behinderte	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
TG 65	Sozialhilfe	387,4	388,9	411,3	426,8	443,1
<u>Kap. 1011</u>						
682 05	Zuschüsse zum lfd. Betrieb der Fachkliniken des Landes	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
891 06	Investitionszuschüsse an die Fachkliniken	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
MG 03	Maßregelvollzug	15,7	16,3	17,3	17,7	18,0
<u>Kap. 1013</u>						
883 02	Erfüllung gesetzlicher Ansprüche nach dem KHG	41,4	42,5	42,5	45,2	45,2
MG 02	Baumaßnahmen nach dem KHG	35,6	6,0	8,0	15,1	19,8
<u>Kap. 1016</u>						
633 01/ 684 04	Ausbildung in der Altenpflege	1,7	2,0	2,0	1,6	1,3
<u>Einzelplan 11</u>						
- Allgemeine Finanzverwaltung -						
<u>Kap. 1102</u>						
	Kommunaler Finanzausgleich	1.062,3	1.077,0	1.096,2	1.157,2	1.207,6
	Zuweisung Familienleistungsausgleich	65,8	79,1	80,2	81,0	83,9
<u>Kap. 1104</u>						
MG 01	Inanspruchnahme aus Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen	7,4	7,0	8,5	8,5	8,5

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2001 Mio. €	Entwurf 2002 Mio. €	Planung		
				2003 Mio. €	2004 Mio. €	2005 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
<u>Kap. 1111</u> 634 01	Zuschuss an den Lastenausgleichsfonds	1,5	1,4	1,4	1,4	1,4
TG 63	Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume					
	Epl. 06	1,3	-	-	-	-
	Epl. 07	2,5	-	-	-	-
	Epl. 08	0,4	-	-	-	-
	Epl. 09	0,7	-	-	-	-
TG 64	Regionalprogramm 2000					
	Epl. 06	0,6	0,5	0,2	0,2	0,2
	Epl. 08	-	0,1	-	-	-
	Epl. 11	8,6	3,5	4,5	4,7	6,0
<u>Einzelplan 12</u> -Hochbau- maßnahmen des Landes-						
<u>Kap. 1212</u> TG 70 - 82	Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	61,4	59,4	59,3	51,1	51,1
<u>Kap. 1209</u>	Investitionsprogramm Justizvollzug	3,2	8,9	14,7	9,9	8,5
<u>Einzelplan 13</u> - Umweltministerium-						
<u>Kap. 1301</u> TG 65	Bekämpfung von Meeresverschmutzung	5,6	5,6	6,0	5,7	6,4
<u>Kap. 1302</u>						
637 01	Zuweisungen gem. Landeswassergesetz an Landesverband der Wasser- und Bodenverbände	5,1	5,1	5,1	5,1	5,1
MG 01	Biologischer Flächenschutz und Artenschutz	6,8	9,6	9,6	9,7	9,8
MG 02	Förderung der ökologischen Technik und Wirtschaft	2,0	2,6	2,6	2,6	2,6
MG 06	Waldbauliche Förderungsmaßnahmen	1,4	1,4	1,3	1,3	1,7
MG 07	Grundwasserschutz, Grundwasserbewirtschaftung, Wasserversorgung	6,7	5,8	5,5	5,4	5,2
MG 09	Abfallvermeidung, Abfallwirtschaft und Altlastensanierung	3,7	3,5	4,4	4,3	4,3
MG 10	Vertragsnaturschutz und Halligprogramm	4,0	4,0	5,2	5,5	6,3
TG 61	Verbesserung der Gewässergüte	9,0	8,3	7,9	8,2	7,9
TG 67	Naturnahe Umgestaltung und	1,9	2,0	2,0	2,0	2,0

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2001 Mio. €	Entwurf 2002 Mio. €	Planung		
				2003 Mio. €	2004 Mio. €	2005 Mio. €
1	2	3	4	5	6	7
	Pflege der Fließgewässer					
<u>Kap. 1309</u> 752 01 und 821 01	Erhaltung und Ergänzung des Waldbesitzes	2,8	2,5	2,9	2,9	2,9
<u>Kap. 1310</u> TG 68	Maßnahmen zur Verbesserung des Grundwasserschutzes und der Grundwasserbewirtschaftung	2,7	2,5	2,6	2,6	2,6

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1	Einnahmen der laufenden Rechnung (Ziff. 11-17)	2001	6.685.616,3	
		2002	6.897.854,3	
		2003	7.050.474,5	
		2004	7.364.971,5	
		2005	7.497.074,3	
11	Steuern und EU-Eigenmittel	2001	5.052.841,9	
		2002	5.343.029,0	
		2003	5.521.333,0	
		2004	5.830.858,0	
		2005	6.043.059,0	
1101	Lohnsteuer	2001	1.883.599,3	011
		2002	1.926.500,0	
		2003	2.054.300,0	
		2004	2.174.300,0	
		2005	2.219.200,0	
1102	Veranlagte Einkommensteuer	2001	163.102,1	012
		2002	185.100,0	
		2003	161.400,0	
		2004	220.300,0	
		2005	159.600,0	
1103	Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag, Körperschaftsteuer	2001	332.851,0	013, 014, 018
		2002	400.500,0	
		2003	377.300,0	
		2004	418.300,0	
		2005	468.500,0	
1104	Umsatzsteuer	2001	1.856.909,8	015, 016
		2002	1.998.752,0	
		2003	2.058.800,0	
		2004	2.094.187,0	
		2005	2.230.759,0	
1105	Gewerbsteuerumlage	2001	143.979,8	017
		2002	158.777,0	
		2003	180.933,0	
		2004	188.771,0	
		2005	208.300,0	

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungsziffer Bund/Länder
1106	EU-Eigenmittel	2001	--	21-24
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
1107	Tabaksteuer	2001	--	032
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
1108	Mineralölsteuer	2001	--	031
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
1109	Sonstige Bundessteuern	2001	--	033-049
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
1110	Lastenausgleichsabgaben	2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
1111	Vermögensteuer	2001	6.749,1	051
		2002	5.300,0	
		2003	3.900,0	
		2004	2.600,0	
		2005	1.300,0	
1112	Kraftfahrzeugsteuer	2001	291.947,7	054
		2002	300.400,0	
		2003	304.800,0	
		2004	332.900,0	
		2005	343.600,0	

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungsziffer Bund/Länder
1113	Biersteuer	2001	14.929,7	061
		2002	15.700,0	
		2003	15.600,0	
		2004	15.400,0	
		2005	15.400,0	
1114	Sonstige Landessteuern	2001	358.773,4	052, 053, 055-059, 069
		2002	352.000,0	
		2003	364.300,0	
		2004	384.100,0	
		2005	396.400,0	
1115	Gemeindeanteil an der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer	2001	--	071
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
1116	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2001	--	076
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
1117	Gemeindeanteil am Zinsabschlag	2001	--	078
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
1118	Grundsteuer	2001	--	072-073
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
1119	Gewerbsteuer	2001	--	075-077
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungsziffer Bund/Länder
1120	Sonstige Gemeindesteuern	2001	--	081-089
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
12	Steuerähnliche Abgaben (ohne Muenzeinnahmen)	2001	91.034,5	09 (ohne 092)
		2002	108.842,4	
		2003	110.275,0	
		2004	112.218,0	
		2005	113.241,0	
13	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	2001	164.155,1	12
		2002	169.257,1	
		2003	146.371,7	
		2004	146.154,2	
		2005	147.179,7	
14	Zinseinnahmen	2001	7.348,0	
		2002	5.061,4	
		2003	4.498,6	
		2004	4.692,5	
		2005	4.788,0	
141	vom öffentlichen Bereich	2001	6,6	
		2002	5,0	
		2003	5,0	
		2004	1,5	
		2005	0,0	
1411	von Ländern	2001	--	152
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
1412	von Gemeinden (GV.)	2001	6,6	153
		2002	5,0	
		2003	5,0	
		2004	1,5	
		2005	0,0	

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungsziffer Bund/Länder
1413	von Zweckverbänden	2001	0,0	157
		2002	0,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
		2005	0,0	
1414	vom sonstigen öffentlichen Bereich	2001	--	151, 154, 156
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
142	von anderen Bereichen	2001	7.341,4	16
		2002	5.056,4	
		2003	4.493,6	
		2004	4.691,0	
		2005	4.788,0	
15	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)	2001	1.119.359,4	
		2002	1.033.713,3	
		2003	1.029.605,4	
		2004	1.035.807,0	
		2005	952.663,0	
151	vom öffentlichen Bereich	2001	1.024.243,1	
		2002	937.388,7	
		2003	946.198,5	
		2004	953.991,3	
		2005	871.068,8	
1511	vom Bund	2001	807.627,0	211, 231
		2002	743.099,5	
		2003	746.003,6	
		2004	746.617,9	
		2005	615.053,8	
1512	Länderfinanzausgleich	2001	139.736,1	212
		2002	118.700,0	
		2003	124.100,0	
		2004	131.500,0	
		2005	183.100,0	

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungsziffer Bund/Länder
1513	sonstige von Ländern	2001	18.734,4	232
		2002	17.770,5	
		2003	18.051,7	
		2004	17.729,5	
		2005	18.104,7	
1514	von Gemeinden (GV.)	2001	56.504,5	213, 233
		2002	56.448,8	
		2003	56.724,4	
		2004	56.822,6	
		2005	53.485,4	
1515	von Zweckverbänden	2001	86,9	217, 237
		2002	86,9	
		2003	87,0	
		2004	87,0	
		2005	87,0	
1516	von Sozialversicherungsträgern	2001	1.554,2	216, 235, 236
		2002	1.283,0	
		2003	1.231,8	
		2004	1.234,3	
		2005	1.237,9	
1517	vom sonstigen öffentlichen Bereich	2001	--	214, 234
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
152	von anderen Bereichen	2001	95.116,3	112, 27, 28
		2002	96.324,6	
		2003	83.406,9	
		2004	81.815,7	
		2005	81.594,2	
16	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben	2001	34.526,2	
		2002	27.761,6	
		2003	25.441,6	
		2004	22.584,6	
		2005	21.016,6	

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungsziffer Bund/Länder
161	Schuldendiensthilfen vom öffentlichen Bereich	2001	14.759,2	
		2002	11.421,4	
		2003	8.981,0	
		2004	6.038,0	
		2005	4.385,0	
1611	vom Bund	2001	14.759,2	221
		2002	11.421,4	
		2003	8.981,0	
		2004	6.038,0	
		2005	4.385,0	
1612	von Ländern	2001	--	222
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
1613	vom sonstigen öffentlichen Bereich	2001	--	223-227
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
162	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben von anderen Bereichen	2001	19.767,0	26
		2002	16.340,2	
		2003	16.460,6	
		2004	16.546,6	
		2005	16.631,6	
17	Sonstige Einnahmen der laufenden Rechnung	2001	216.351,2	
		2002	210.189,5	
		2003	212.949,2	
		2004	212.657,2	
		2005	215.127,0	
171	Gebühren, sonstige Entgelte	2001	202.655,0	111
		2002	197.267,9	
		2003	200.645,0	
		2004	200.453,0	
		2005	202.922,8	

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungsziffer Bund/Länder
172	Sonstige Einnahmen	2001	13.696,2	119
		2002	12.921,6	
		2003	12.304,2	
		2004	12.204,2	
		2005	12.204,2	
2	Einnahmen der Kapitalrechnung (Ziff. 21-25)	2001	405.053,2	
		2002	254.281,8	
		2003	210.650,8	
		2004	209.045,3	
		2005	209.011,2	
21	Veräußerung von Sachvermögen	2001	109.680,5	131, 132
		2002	38.179,7	
		2003	4.667,6	
		2004	4.115,0	
		2005	3.617,0	
22	Vermögensübertragungen	2001	168.680,4	
		2002	177.964,9	
		2003	188.665,3	
		2004	189.599,2	
		2005	190.609,1	
221	Zuweisungen für Investitionen vom öffentlichen Bereich	2001	104.101,7	
		2002	103.246,2	
		2003	112.879,3	
		2004	116.070,2	
		2005	116.394,1	
2211	vom Bund	2001	64.496,8	331
		2002	78.032,3	
		2003	85.733,5	
		2004	85.012,2	
		2005	83.037,2	
2212	von Ländern	2001	153,4	332
		2002	153,4	
		2003	154,0	
		2004	154,0	
		2005	154,0	

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
2213	von Gemeinden (GV.)	2001	38.301,1	333
		2002	23.910,1	
		2003	25.840,8	
		2004	29.753,0	
		2005	32.051,9	
2214	von Sozialversicherungsträgern	2001	1.150,4	336
		2002	1.150,4	
		2003	1.151,0	
		2004	1.151,0	
		2005	1.151,0	
2215	vom sonstigen öffentlichen Bereich	2001	0,0	334; 337
		2002	0,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
		2005	0,0	
222	Zuschüsse für Investitionen von anderen Bereichen	2001	64.578,7	34
		2002	74.718,7	
		2003	75.786,0	
		2004	73.529,0	
		2005	74.215,0	
2221	von Sozialversicherungsträgern	2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
2222	von Sonstigen	2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
223	Sonstige Vermögensübertragungen	2001	0,0	
		2002	0,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
		2005	0,0	

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungsziffer Bund/Länder
2231	vom Bund	2001	--	291
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
2232	von Ländern	2001	--	292
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
2233	von Gemeinden (GV.)	2001	--	293
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
2234	von anderen Bereichen	2001	0,0	297-299
		2002	0,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
		2005	0,0	
23	Darlehensrückflüsse	2001	11.804,5	
		2002	11.718,8	
		2003	10.062,2	
		2004	9.705,1	
		2005	9.664,1	
231	vom öffentlichen Bereich	2001	750,0	
		2002	973,6	
		2003	718,8	
		2004	465,8	
		2005	515,0	
2311	von Ländern	2001	--	172
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungsziffer Bund/Länder
2312	von Gemeinden (GV.)	2001	335,9	173
		2002	563,6	
		2003	308,8	
		2004	55,8	
		2005	115,0	
2313	von Zweckverbänden	2001	414,1	177
		2002	410,0	
		2003	410,0	
		2004	410,0	
		2005	400,0	
2314	vom sonstigen öffentlichen Bereich	2001	--	171, 174, 176
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
232	von anderen Bereichen	2001	11.054,5	
		2002	10.745,2	
		2003	9.343,4	
		2004	9.239,3	
		2005	9.149,1	
2321	von Sonstigen im Inland	2001	11.039,2	141, 181, 182
		2002	10.729,9	
		2003	9.328,4	
		2004	9.224,3	
		2005	9.134,1	
2322	vom Ausland	2001	15,3	146, 186
		2002	15,3	
		2003	15,0	
		2004	15,0	
		2005	15,0	
24	Veräußerungen von Beteiligungen u. dgl.	2001	107.371,3	133, 134
		2002	19.612,9	
		2003	1.073,7	
		2004	0,0	
		2005	0,0	

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungsziffer Bund/Länder
25	Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich	2001	7.516,5	
		2002	6.805,5	
		2003	6.182,0	
		2004	5.626,0	
		2005	5.121,0	
251	vom Bund	2001	7.516,5	311
		2002	6.805,5	
		2003	6.182,0	
		2004	5.626,0	
		2005	5.121,0	
252	von Ländern	2001	--	312
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
253	von Gemeinden/Gv	2001	--	313
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
254	vom sonstigen öffentlichen Bereich	2001	--	314, 317
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
3	Globale Mehreinnahmen	2001	75.071,2	
		2002	0,0	
		2003	100.000,0	
		2004	100.000,0	
		2005	100.000,0	
3000	Globale Mehreinnahmen - soweit nicht aufgeteilt	2001	75.071,2	37
		2002	0,0	
		2003	100.000,0	
		2004	100.000,0	
		2005	100.000,0	

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungsziffer Bund/Länder
4	Gesamteinnahmen (Einnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge - Ziff. 1 bis 3 -)	2001	7.165.740,7	
		2002	7.152.136,1	
		2003	7.361.125,3	
		2004	7.674.016,8	
		2005	7.806.085,5	
5	Besondere Finanzierungsvorgänge	2001	2.238.817,8	
		2002	2.387.732,2	
		2003	3.126.195,0	
		2004	3.033.205,0	
		2005	2.989.441,0	
51	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	2001	2.166.036,9	32
		2002	2.334.031,2	
		2003	3.118.525,0	
		2004	3.025.535,0	
		2005	2.989.441,0	
52	Entnahme aus Rücklagen	2001	72.780,9	35
		2002	53.701,0	
		2003	7.670,0	
		2004	7.670,0	
		2005	0,0	
53	Überschüsse aus Vorjahren	2001	--	36
		2002	0,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
		2005	0,0	
54	Münzeinnahmen	2001	--	092
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
6	Zu- und Absetzungen	2001	8.944,6	
		2002	9.054,7	
		2003	8.689,9	
		2004	8.876,9	
		2005	9.039,5	

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
61	./ Schätzung für Leertitel	2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
62	./ Sonderhaushalte	2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
63	./ Bruttostellungen	2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
64	+Nettostellungen (Verrechnungen u. ä.)	2001	8.944,6	38
		2002	9.054,7	
		2003	8.689,9	
		2004	8.876,9	
		2005	9.039,5	
7	Abschluss-summe der Haushalte (Ziff. 4+5+6)" (Ziff. 4 + 5 + 6)	2001	9.413.503,1	
		2002	9.548.923,0	
		2003	10.496.010,2	
		2004	10.716.098,7	
		2005	10.804.566,0	

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungsziffer Bund/Länder
1	Ausgaben der laufenden Rechnung (Ziff. 11-15)	2001	6.950.224,3	
		2002	7.029.619,3	
		2003	7.191.262,2	
		2004	7.400.280,2	
		2005	7.543.713,5	
11	Personalausgaben	2001	2.839.781,0	4
		2002	2.929.025,0	
		2003	3.013.762,0	
		2004	3.085.221,4	
		2005	3.151.316,4	
12	Laufender Sachaufwand	2001	492.706,2	
		2002	512.275,0	
		2003	501.844,0	
		2004	512.381,1	
		2005	507.260,3	
121	Sächliche Verwaltungsausgaben	2001	424.991,4	51-54
		2002	443.175,9	
		2003	446.857,3	
		2004	456.157,2	
		2005	453.426,7	
122	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	2001	--	55
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
123	Erstattungen an andere Bereiche	2001	23.793,8	67
		2002	24.030,2	
		2003	24.436,7	
		2004	24.188,1	
		2005	24.461,1	
124	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	2001	43.921,0	686
		2002	45.068,9	
		2003	30.550,0	
		2004	32.035,8	
		2005	29.372,5	

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungsziffer Bund/Länder
13	Zinsausgaben	2001	923.314,9	
		2002	923.493,9	
		2003	946.022,0	
		2004	967.779,0	
		2005	993.803,0	
131	an öffentlichen Bereich	2001	27,6	
		2002	23,2	
		2003	22,0	
		2004	21,0	
		2005	19,0	
1311	an Bund	2001	27,6	561
		2002	23,2	
		2003	22,0	
		2004	21,0	
		2005	19,0	
1312	an Sondervermögen	2001	--	564
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
1313	an sonstigen öffentlichen Bereich	2001	0,0	562, 563, 567
		2002	0,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
		2005	0,0	
132	an andere Bereiche	2001	923.287,3	
		2002	923.470,7	
		2003	946.000,0	
		2004	967.758,0	
		2005	993.784,0	
1321	für Ausgleichsforderungen	2001	--	573
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungsziffer Bund/Länder
1322	für Kreditmarktmittel	2001	922.110,4	571, 575, 576
		2002	922.703,1	
		2003	945.629,0	
		2004	967.387,0	
		2005	993.413,0	
1323	an Sozialversicherungsträger	2001	1.176,9	572
		2002	767,6	
		2003	371,0	
		2004	371,0	
		2005	371,0	
14	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)	2001	2.669.744,6	
		2002	2.645.705,0	
		2003	2.706.828,4	
		2004	2.804.679,1	
		2005	2.856.999,4	
141	an Verwaltungen	2001	1.820.175,3	
		2002	1.801.389,1	
		2003	1.854.849,9	
		2004	1.933.467,1	
		2005	1.981.917,8	
1411	an Bund	2001	24.595,3	611, 631
		2002	22.675,8	
		2003	22.114,7	
		2004	21.691,6	
		2005	21.328,6	
1412	Länderfinanzausgleich	2001	0,0	612
		2002	0,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
		2005	0,0	
1413	Sonstige an Länder	2001	17.619,6	632
		2002	19.122,6	
		2003	14.999,4	
		2004	14.923,1	
		2005	14.940,9	

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungsziffer Bund/Länder
1414	Allgemeine Finanzausweisungen an Gemeinden	2001	883.435,5	613
		2002	908.251,1	
		2003	925.147,0	
		2004	980.462,0	
		2005	1.026.503,0	
1415	Sonstige an Gemeinden (GV.)	2001	884.970,4	633
		2002	842.130,1	
		2003	883.425,7	
		2004	907.300,3	
		2005	910.064,2	
1416	an Sondervermögen	2001	1.533,9	614, 634
		2002	1.350,0	
		2003	1.350,0	
		2004	1.350,0	
		2005	1.350,0	
1417	an Zweckverbände	2001	5.331,2	617, 637
		2002	5.331,3	
		2003	5.327,0	
		2004	5.318,0	
		2005	5.318,0	
1418	an Sozialversicherungsträger	2001	2.689,4	616, 636
		2002	2.528,2	
		2003	2.486,1	
		2004	2.422,1	
		2005	2.413,1	
142	an andere Bereiche	2001	849.569,3	
		2002	844.315,9	
		2003	851.978,5	
		2004	871.212,0	
		2005	875.081,6	
1421	an Unternehmen für betriebsfremde Lasten	2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungsziffer Bund/Länder
1422	sonstige an Unternehmen und öffentliche Einrichtungen	2001	663.053,5	682, 683, 685
		2002	659.587,9	
		2003	665.218,4	
		2004	681.139,1	
		2005	687.458,2	
1423	Renten, Unterstützungen und Ähnliches	2001	57.175,3	681
		2002	57.298,4	
		2003	59.235,2	
		2004	59.370,6	
		2005	60.519,7	
1424	an soziale und ähnliche Einrichtungen	2001	129.093,9	684
		2002	127.147,8	
		2003	127.267,9	
		2004	130.445,3	
		2005	126.846,7	
1425	an Ausland	2001	246,6	687, 688
		2002	281,8	
		2003	257,0	
		2004	257,0	
		2005	257,0	
1426	an Ausland	2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
15	Schuldendiensthilfen	2001	24.677,6	
		2002	19.120,4	
		2003	22.805,8	
		2004	30.219,6	
		2005	34.334,4	
151	an Verwaltungen	2001	5.203,7	
		2002	6.083,0	
		2003	8.125,7	
		2004	15.169,7	
		2005	19.814,5	

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungsziffer Bund/Länder
1511	an Länder	2001	--	622
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
1512	an Gemeinden (GV.)	2001	5.203,7	623
		2002	6.083,0	
		2003	8.125,7	
		2004	15.169,7	
		2005	19.814,5	
1513	an sonstigen öffentlichen Bereich	2001	0,0	621, 624, 626
		2002	0,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
		2005	0,0	
1514	an Zweckverbände	2001	--	627
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
152	an andere Bereiche	2001	19.473,9	
		2002	13.037,4	
		2003	14.680,1	
		2004	15.049,9	
		2005	14.519,9	
1521	an Unternehmen und öffentliche Einrichtungen	2001	18.613,1	661, 662, 664
		2002	12.222,1	
		2003	13.876,5	
		2004	14.260,5	
		2005	13.753,5	
1522	an Sonstige im Inland	2001	860,8	663
		2002	815,3	
		2003	803,6	
		2004	789,4	
		2005	766,4	

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungsziffer Bund/Länder
1523	an Ausland	2001	--	666
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
1524	an Ausland	2001	--	
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
2	Ausgaben der Kapitalrechnung (Ziff. 21-25)" (Ziff. 21 - 25)	2001	781.254,1	
		2002	721.305,8	
		2003	748.032,1	
		2004	715.391,6	
		2005	696.606,0	
21	Sachinvestitionen	2001	206.317,7	
		2002	192.926,3	
		2003	214.626,8	
		2004	183.691,6	
		2005	170.467,2	
211	Baumaßnahmen	2001	147.583,3	7
		2002	140.697,6	
		2003	150.429,7	
		2004	132.583,7	
		2005	122.681,7	
212	Erwerb von unbeweglichen Sachen	2001	3.117,8	82
		2002	2.591,6	
		2003	4.887,0	
		2004	2.842,0	
		2005	2.842,0	
213	Erwerb von beweglichen Sachen	2001	55.616,6	81
		2002	49.637,1	
		2003	59.310,1	
		2004	48.265,9	
		2005	44.943,5	

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungsziffer Bund/Länder
22	Vermögensübertragungen	2001	538.173,6	
		2002	479.071,7	
		2003	482.466,2	
		2004	482.010,4	
		2005	476.971,8	
221	Zuweisungen für Investitionen	2001	330.121,8	
		2002	345.819,6	
		2003	355.420,0	
		2004	357.672,2	
		2005	365.322,6	
2211	an Länder	2001	0,0	882
		2002	0,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
		2005	0,0	
2212	an Gemeinden (GV.)	2001	312.620,4	883
		2002	332.844,2	
		2003	342.109,3	
		2004	344.395,5	
		2005	352.234,9	
2213	an Zweckverbände	2001	13.230,8	887
		2002	9.526,1	
		2003	9.662,0	
		2004	9.659,0	
		2005	9.638,0	
2214	an sonstigen öffentlichen Bereich	2001	4.270,6	881, 884, 886
		2002	3.449,3	
		2003	3.648,7	
		2004	3.617,7	
		2005	3.449,7	
222	Zuschüsse für Investitionen an andere Bereiche	2001	207.693,9	89
		2002	132.885,6	
		2003	126.679,2	
		2004	123.971,2	
		2005	111.282,2	

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungsziffer Bund/Länder
223	sonstige Vermögensübertragungen	2001	357,9	
		2002	366,5	
		2003	367,0	
		2004	367,0	
		2005	367,0	
2231	an Länder	2001	--	692
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
2232	an Gemeinden (GV.)	2001	340,0	693
		2002	330,0	
		2003	330,0	
		2004	330,0	
		2005	330,0	
2233	an sonstige Verwaltungen	2001	--	691
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
2234	an andere Bereiche	2001	17,9	697, 698, 699
		2002	36,5	
		2003	37,0	
		2004	37,0	
		2005	37,0	
23	Darlehen	2001	36.172,9	
		2002	49.037,4	
		2003	50.112,6	
		2004	48.903,6	
		2005	48.379,0	
231	an Verwaltungen	2001	230,1	
		2002	15.000,0	
		2003	15.000,0	
		2004	15.000,0	
		2005	15.000,0	

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungsziffer Bund/Länder
2311	an Länder	2001	--	852
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
2312	an Gemeinden (GV.)	2001	0,0	853
		2002	0,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
		2005	0,0	
2313	an Zweckverbände	2001	230,1	857
		2002	0,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
		2005	0,0	
2314	an sonstige Verwaltungen	2001	--	851, 854, 856
		2002	15.000,0	
		2003	15.000,0	
		2004	15.000,0	
		2005	15.000,0	
232	an andere Bereiche	2001	35.942,8	
		2002	34.037,4	
		2003	35.112,6	
		2004	33.903,6	
		2005	33.379,0	
2321	an Sonstige im Inland	2001	35.942,8	861-863, 87
		2002	34.037,4	
		2003	35.112,6	
		2004	33.903,6	
		2005	33.379,0	
2322	an Ausland	2001	--	866
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungsziffer Bund/Länder
24	Erwerb von Beteiligungen u.ä.	2001	257,6	83
		2002	5,0	
		2003	200,0	
		2004	200,0	
		2005	200,0	
25	Schuldentilgung an öffentlichen Bereich	2001	332,3	
		2002	265,4	
		2003	626,5	
		2004	586,0	
		2005	588,0	
251	an Bund	2001	301,6	581
		2002	248,5	
		2003	212,0	
		2004	172,0	
		2005	169,0	
252	an Sondervermögen	2001	3,1	584
		2002	3,2	
		2003	400,5	
		2004	400,0	
		2005	400,0	
253	an sonstigen öffentlichen Bereich	2001	27,6	582, 583, 587
		2002	13,7	
		2003	14,0	
		2004	14,0	
		2005	19,0	
3	Globale Mehrausgaben	2001	-22.712,4	
		2002	-36.735,6	
		2003	-129.381,0	
		2004	-129.381,0	
		2005	-129.381,0	
3000	Globale Mehrausgaben - soweit nicht aufgeteilt	2001	-22.712,4	97
		2002	-36.735,6	
		2003	-129.381,0	
		2004	-129.381,0	
		2005	-129.381,0	

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungsziffer Bund/Länder
4	Gesamtausgaben (Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge - Ziff. 1 bis 3 -)	2001	7.708.766,0	
		2002	7.714.189,5	
		2003	7.809.913,3	
		2004	7.986.290,8	
		2005	8.110.938,5	
5	Besondere Finanzierungsvorgänge	2001	1.695.792,3	
		2002	1.825.678,8	
		2003	2.677.407,0	
		2004	2.720.931,0	
		2005	2.684.588,0	
51	Tilgungsausgaben am Kreditmarkt	2001	1.693.875,5	
		2002	1.823.761,9	
		2003	2.676.258,0	
		2004	2.719.782,0	
		2005	2.683.688,0	
511	für Kreditmarktmittel	2001	1.675.963,4	595
		2002	1.762.389,5	
		2003	2.581.657,0	
		2004	2.638.535,0	
		2005	2.607.559,0	
512	für Ausgleichsforderungen	2001	--	593
		2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
513	an Sozialversicherungsträger	2001	5.129,8	592
		2002	5.130,2	
		2003	12,0	
		2004	5,0	
		2005	5.113,0	
514	an Sonstige	2001	12.782,3	591, 596
		2002	56.242,2	
		2003	94.589,0	
		2004	81.242,0	
		2005	71.016,0	

Finanzplan 2001 bis 2005
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungsziffer Bund/Länder
52	Zuführung an Rücklagen	2001	1.916,8	91
		2002	1.916,9	
		2003	1.149,0	
		2004	1.149,0	
		2005	900,0	
53	Deckung von Vorjahresfehlbeträgen	2001	0,0	96
		2002	0,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
		2005	0,0	
6	Zu- und Absetzungen	2001	8.944,8	
		2002	9.054,7	
		2003	8.689,9	
		2004	8.876,9	
		2005	9.039,5	
64	Nettostellungen (Verrechnungen u.ä.)	2001	8.944,8	98
		2002	9.054,7	
		2003	8.689,9	
		2004	8.876,9	
		2005	9.039,5	
7	Abschluss-summe der Haushalte (Ziff. 4+5+6)" (Ziff. 4 + 5 + 6)	2001	9.413.503,1	
		2002	9.548.923,0	
		2003	10.496.010,2	
		2004	10.716.098,7	
		2005	10.804.566,0	